



Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Waldemar Rotfuß · Peter Westerheide

**Höhe und Struktur der Vermögen privater Haushalte
- Baden-Württemberg im Vergleich der Bundesländer -**

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH

Mannheim, Januar 2008

Ansprechpartner

Dr. Peter Westerheide, Telefon: 0621 / 1235-146

Telefax: 0621 / 1235-223, E-mail: westerheide@zew.de

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

Eine mikroökonomische Analyse der Vermögen privater Haushalte in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen ausgewählten Bundesländern im Vergleich der Jahre 1993 und 2003 lässt Folgendes erkennen:

- Es kann ein deutliches Süd-Nord- und West-Ost-Gefälle bei den durchschnittlichen Bruttogesamtvermögen der Haushalte in Deutschland festgestellt werden. Die Bruttogesamtvermögen der Haushalte im Osten sind seit der Wiedervereinigung sehr stark gewachsen, im Durchschnitt mit einer Wachstumsrate von rund 5,4% p.a. Im westlichen Teil Deutschlands sind die durchschnittlichen Bruttogesamtvermögen der Haushalte von 1993 bis 2003 dagegen nur mit rund 1,7 % pro Jahr gestiegen.
- Auch im Westen lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern feststellen. Haushalte in Baden-Württemberg konnten sich von der im Mittel sehr verhaltenen Entwicklung des Bruttogesamtvermögens der Haushalte im Westen etwas nach oben absetzen. Mit einer nominalen Wachstumsrate von knapp 2,2 % p.a. von 1993 bis 2003 verzeichneten die baden-württembergischen Haushalte die dritthöchste Wachstumsrate des durchschnittlichen Bruttogesamtvermögens unter allen westlichen Bundesländern.
- Das Vermögen der Haushalte wird in Baden-Württemberg wie in allen anderen Bundesländern im Wesentlichen durch drei Anlageformen dominiert: Immobilien, Bankguthaben und Versicherungen machen in Baden-Württemberg ca. 91% des gesamten Vermögens aus. Bausparguthaben, festverzinsliche Wertpapiere und sonstiges Vermögen umfassen rund 5% des Bruttogesamtvermögens eines baden-württembergischen Haushalts. Der Anteil von Aktien am Gesamtbruttovermögen baden-württembergischer Haushalte ist von 1% im Jahr 1993 auf knapp 2% (inkl. Aktienfonds, die 1993 nicht separat ausgewiesen wurden, auf rund 4 %) im Jahr 2003 gestiegen. Bis auf zwei Ausnahmen sind die Besitzquoten baden-württembergischer Haushalte mit den bundesdurchschnittlichen Eigentumsquoten vergleichbar: Die Immobilienbesitzquote und der Anteil der Bausparer liegen in Baden-Württemberg über dem Bundesdurchschnitt.
- Eine Analyse des Bruttogesamtvermögens in Abhängigkeit von der sozialen Stellung zeigt, dass Landwirte, Selbstständige, Angestellte, Rentner, Pensionäre und sonstige Nichterwerbstätige in Baden-Württemberg 2003 im Median im Vergleich zu anderen Bundesländern das höchste Bruttogesamtvermögen besitzen. Außerdem kann festgestellt werden, dass ältere Haushalte (ab 55) in Baden-Württemberg durchgängig ein höheres Bruttogesamtvermögen besitzen als Haushalte gleicher Altersstufe in anderen Bundesländern.

- Obwohl die Haushalte in Baden-Württemberg und Bayern die höchsten Bruttogesamtvermögen Deutschlands aufweisen, ist das Bruttogesamtvermögen der Haushalte in Baden-Württemberg gleichmäßiger verteilt als in anderen westlichen Bundesländern.
- Nach Berücksichtigung des Haushaltsnettoeinkommens, der Haushaltsgröße und des Immobilienbesitzes bleiben immer noch landespezifische Unterschiede in der Höhe der Ersparnis bestehen: Haushalte in Baden-Württemberg sparen, auch nach Berücksichtigung aller wichtigen Einflussfaktoren, mehr als die meisten anderen westdeutsche Haushalte. Nur im Vergleich zu bayerischen Haushalten kann für baden-württembergische Haushalte, quer über alle sozialen Schichten, keine höhere Ersparnis nachgewiesen werden.
- Die Untersuchungen für die Determinanten des Nettogesamtvermögen der Haushalte zeigen ähnliche Ergebnisse, weisen jedoch auf einige Unterschiede auf. Insbesondere eist auch die Gemeindegröße einen Einfluss auf: In der Untersuchung wird deutlich, dass das Nettogesamtvermögen der Haushalte mit der Abnahme der Gemeindegröße leicht zunimmt, d.h. auf dem Land besitzen die Haushalte tendenziell höhere Vermögen als in einer Großstadt. Dieser Einfluss ist allerdings geringer als der der Bundesländer.

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Datenquelle.....	5
3	Vermögen der privaten Haushalte nach Bundesländern	8
	3.1 Gesamtvermögen.....	8
	3.2 Immobilienbesitz.....	12
4	Vermögen privater Haushalte in ausgewählten westlichen Bundesländern.....	14
	4.1 Aktienbesitz.....	19
	4.2 Konsumentenkredite.....	21
	4.3 Hypothekarkredite	23
	4.4 Weitere ausgewählte Kennzahlen	25
5	Vermögen privater Haushalte nach sozialer Stellung und Alter	27
6	Regressionsanalyse.....	35
	6.1 Regressionsergebnisse zur Erklärung der Sparhöhe	36
	6.2 Regressionsergebnisse auf Ebene sozialer Schichten	39
	6.3 Regressionsergebnisse zur Erklärung des Nettogesamtvermögens	41
7	Zusammenfassung.....	43
8	Anhang	45
9	Literatur.....	60

1 Einleitung¹

Gegenstand des vorliegenden Berichts ist eine vergleichende Analyse der Vermögen privater Haushalte im Vergleich der Bundesländer. Während sich bisherige Analysen vor allem auf Gesamtdeutschland und den Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland bezogen², stehen in der vorliegenden Analyse die westdeutschen Bundesländer – und unter ihnen insbesondere Baden-Württemberg – im Vordergrund.

In einem ersten Analyseschritt werden im Folgenden die Unterschiede in der Vermögenslage der Haushalte in den einzelnen Bundesländern herausgearbeitet. Interessant ist hier die Frage, ob neben Unterschieden in der durchschnittlichen Vermögenshöhe auch Unterschiede in der Vermögensstruktur – z.B. im Hinblick auf die z.B. in Baden-Württemberg beinahe sprichwörtliche Neigung zur Bildung von Immobilieneigentum – zum Ausdruck kommen. Anschließend wird untersucht, inwieweit sich diese Unterschiede auf Abweichungen in der soziodemografischen Struktur der Bevölkerung (z.B. Alter, Erwerbseinkommen, Erwerbsstatus, Haushaltsgröße) zurückzuführen lassen und welcher Anteil – als nicht erklärbares Residuum – ggf. regionalen Unterschieden in der Neigung zur langfristigen Vermögensbildung zuzurechnen ist.

Ziel ist es mit anderen Worten damit auch, die Hypothese der sprichwörtlichen Sparsamkeit der Baden-Württemberger auf den Prüfstand der Empirie zu stellen. Die Ergebnisse der Untersuchung geben u.a. Aufschluss darüber, ob die Bevölkerung in Baden-Württemberg auf künftige Einschnitte beim sozialen Sicherungssystem, insbesondere auch der öffentlichen Alterssicherung, im Durchschnitt besser vorbereitet ist, und ob sie besser gegen Schwankungen der Erwerbseinkommen abgesichert ist als die Bewohner anderer Bundesländer.

2 Datenquelle

Die Untersuchung basiert auf den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes aus den Jahren 1993 und 2003. Die EVS werden seit 1962/63 in fünfjährigem Rhythmus erhoben. Sie stellen die derzeit breiteste Erhebung in Deutschland zu Einkommen, Ausgaben und Vermögen der privaten Haushalte dar. In der jüngsten Erhebung 2003 sind in der uns vorliegenden anonymisierten 80 Prozent-Teilstichprobe 42.744 Haushalte enthalten, davon 34.091 in den alten Bundesländern (inkl. Westberlin) und 8.653 in den neuen Bundesländern (inkl. Ostberlin). In der EVS 1993 (anonymisierte 80 Prozent-

¹ Die Untersuchung wurde mit Unterstützung des Förderkreises Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e.V. durchgeführt, für die sich die Autoren herzlich bedanken.

² Vgl. Westerheide/Ammermüller/Weber 2005.

Teilstichprobe) sind 40.230 Haushalte enthalten, 31.774 Haushalte aus den alten Bundesländern und 8.456 Haushalte aus den neuen Bundesländern.

Die EVS ist als Quotenstichprobe organisiert, sie stellt also keine Zufallsstichprobe dar. Abhängig von den Merkmalen Bundesland, Haushaltstyp, soziale Stellung des Haupteinkommensbezieher und Höhe des Nettoeinkommens werden auf der Basis des Mikrozensus Erhebungsquoten festgelegt. Die Hochrechnung der Ergebnisse erfolgt ebenfalls auf der Basis dieser Merkmale anhand der Ergebnisse des Mikrozensus.

Eine regionale Differenzierung der Quotenvorgaben und der tatsächlich beteiligten Haushalte zeigt erhebliche Unterschiede in der Erfüllung des Erhebungssolls auf. Während in einer Reihe von Bundesländern das Erhebungssoll recht gut erfüllt wird, weisen einige Bundesländer, darunter Berlin, Niedersachsen, Hamburg und das Saarland, eine deutlich unterdurchschnittliche Erfüllung des Erhebungssolls auf. Aus diesem Grund sind die Fallzahlen insbesondere in den kleinen Ländern und Stadtstaaten so gering, dass sich die folgenden Analysen weitgehend auf die großen Flächenländer beschränken müssen.

Die Quotenvorgabe und die Anzahl beteiligter Haushalte in EVS 2003 (1. Halbjahr) ist in der Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1: Haushalte in der EVS 1. Halbjahr 2003

Gebietskörperschaft	Quotenvorgabe	beteiligte Haushalte	Relation
Deutschland	37.298	26.207	70%
Baden-Württemberg	4.440	3.351	76%
Bayern	5.072	3.960	78%
Berlin	1.891	221	12%
Brandenburg	1.269	987	78%
Bremen	439	325	74%
Hamburg	1.014	588	58%
Hessen	2.756	2025	74%
Mecklenburg-Vorpommern	925	741	80%
Niedersachsen	3.519	1.964	56%
Nordrhein-Westfalen	7413	5.859	79%
Rheinland-Pfalz	1.891	1.521	80%
Saarland	601	388	65%
Sachsen	2.157	1.660	77%
Sachsen-Anhalt	1.328	874	66%
Schleswig Holstein	1.382	1.006	73%
Thüringen	1.201	737	61%

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die EVS beansprucht grundsätzlich Repräsentativität für die bundesdeutsche Bevölkerung, allerdings sind bestimmte Haushaltssegmente unzureichend erfasst. So sind Haushalte mit besonders niedrigen Einkommen und besonders hohen Einkommen in der EVS tendenziell

unterrepräsentiert. Besonders hohe Einkommen werden bereits bei der Festlegung der Erhebungsquoten ausgegrenzt: 2003 lag die so genannte Abschneidungsgrenze bei 18.000 EUR, 1993 war die Grenze bei 35.000 DEM monatlichem Haushaltsnettoeinkommen. Darüber hinaus sind Ausländerhaushalte – die z.B. in Berlin und Hamburg einen deutlich höheren Anteil an der Gesamtbevölkerung als in den anderen Bundesländern umfassen – in der EVS eher unterrepräsentiert.

Hinsichtlich der Geldvermögen liefert die EVS prinzipiell nach Anlageformen gut differenzierte Daten. Nicht berücksichtigt werden lediglich kurzfristige und hoch liquide Anlageformen (Bargeld, Sichteinlagen)³ sowie Guthaben, die im Rahmen kapitalgedeckter betrieblicher Altersvorsorgesysteme erworben wurden. Die übrigen Geldvermögensbestände werden dagegen in recht tiefer Gliederung erfasst. Unterschieden wurden in der Erhebung 2003 im Einzelnen Bausparverträge, Sparguthaben, sonstige Anlagen bei Banken und Versicherungen, Aktien, Aktienfonds, Rentenwerte, sonstige Wertpapiere und Beteiligungen sowie Lebensversicherungen, Ausbildungsversicherungen, Aussteuerversicherungen und Sterbegeldversicherungen. Auch zum Immobilienbesitz der privaten Haushalte enthält die EVS umfangreiche Angaben.

Alle Angaben sind in beiden Erhebungen 2003 und 1993 zu finden, allerdings mit Unterschieden in den Abgrenzungen der Vermögenskategorien. So wurden im Jahr 2003 Aktien und Aktienfonds getrennt erhoben, während die gleichen Angaben in Vorjahren im Aggregat „Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen“ zusammengefasst wurden. Umgekehrt wurden 1993 Anteile an Immobilienvermögen separat ausgewiesen, die dann in späteren Erhebungen nicht mehr getrennt erhoben wurden. Um die Abgrenzungsprobleme so gering wie möglich zu halten, werden im Folgenden einzelne Vermögenskategorien zu Bankguthaben, Bausparen, Aktien, Renten, Versicherungen, Sonstige Vermögensgegenstände und Bruttoimmobilienvermögen zusammengefasst (vgl. Tabelle 30 im Anhang).

Ein weiteres Problem entsteht durch die nicht kontinuierliche Behandlung fehlender Werte durch das Statistische Bundesamt. In der EVS 2003 wurden fehlende Werte nach einzelnen Kategorien des Geldvermögens differenziert ausgewiesen, in der EVS 1993 wurden die fehlenden Werte hingegen vor der Weitergabe der Daten durch das statistische Bundesamt ersetzt bzw. bereinigt. Um einen Zeitvergleich zu ermöglichen, besteht grundsätzlich die Möglichkeit, fehlende Werte mit Hilfe statistischer Verfahren zu imputieren. Im einfachsten Fall können fehlende Werte einzelner Haushalte durch Mittelwerte von Haushalten einer ähnlichen Gruppe ersetzt werden. Allerdings nivelliert dieses Vorgehen, das z.B. für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung angewandt wurde, die Unterschiede zwischen den

³ Sichteinlagen werden grundsätzlich erfasst, die Daten werden aber in den vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Mikrodatensätzen nicht weitergegeben.

Bundesländern, sofern bundesdurchschnittliche Werte bzw. Durchschnittswerte für ost- und westdeutsche Haushalte mit ähnlichen Charakteristika herangezogen werden. Eine Imputation auf der Ebene der Bundesländer ist dagegen aufgrund z.T. geringer Fallzahlen in einzelnen Teilgruppen nicht immer sinnvoll. Aus diesen Gründen wird in der folgenden Analyse auf eine Imputation verzichtet. Die im Folgenden ausgewiesenen Werte sind daher nicht unmittelbar mit Angaben in anderen Studien, die auf imputierten Daten beruhen, vergleichbar.

3 Vermögen der privaten Haushalte nach Bundesländern

3.1 Gesamtvermögen

Im Folgenden werden die gesamten Bruttovermögen der privaten Haushalte verglichen, d.h. ihre Geld- und Immobilienvermögen ohne Abzug von Schulden. Der Grund für die Nicht-Berücksichtigung der Schulden liegt in einer fehlerhaften Definition der Immobilienschulden (Hypotheken, sonstige Wohnungsbaukredite) in der EVS 2003. Hier wurden die verbleibenden Schulden als Summe der ausstehenden Tilgungszahlungen zuzüglich noch zu zahlender Zinsen definiert: Dies ist ein Restschuldbegriff, der in der Praxis nicht gebräuchlich ist und auch von der Definition in früheren Erhebungen der EVS – so auch in unserem Referenzjahr 1993 – abweicht: Er führt üblicherweise zu einem negativen Nettogesamtvermögen der Haushalte unmittelbar nach dem Erwerb von Wohneigentum, weil die Summe der Tilgungs- und Zinszahlungen über einen entsprechend langen Zeitraum oft deutlich höher ist als der Verkehrswert der Immobilie. Aufgrund fehlender Detailangaben zu den Immobiliendarlehen ist es nicht möglich, die noch ausstehende Tilgungssumme zu ermitteln und damit aussagefähige und zeitlich vergleichbare Daten zu den Restschulden zu berechnen. Die folgenden Betrachtungen beschränken sich daher auf die Bruttogesamtvermögen. Die Betrachtung der Nettogesamtvermögen führt im Querschnitt der Bundesländer jedoch hinsichtlich ihrer Rangordnung zu sehr ähnlichen Ergebnissen.

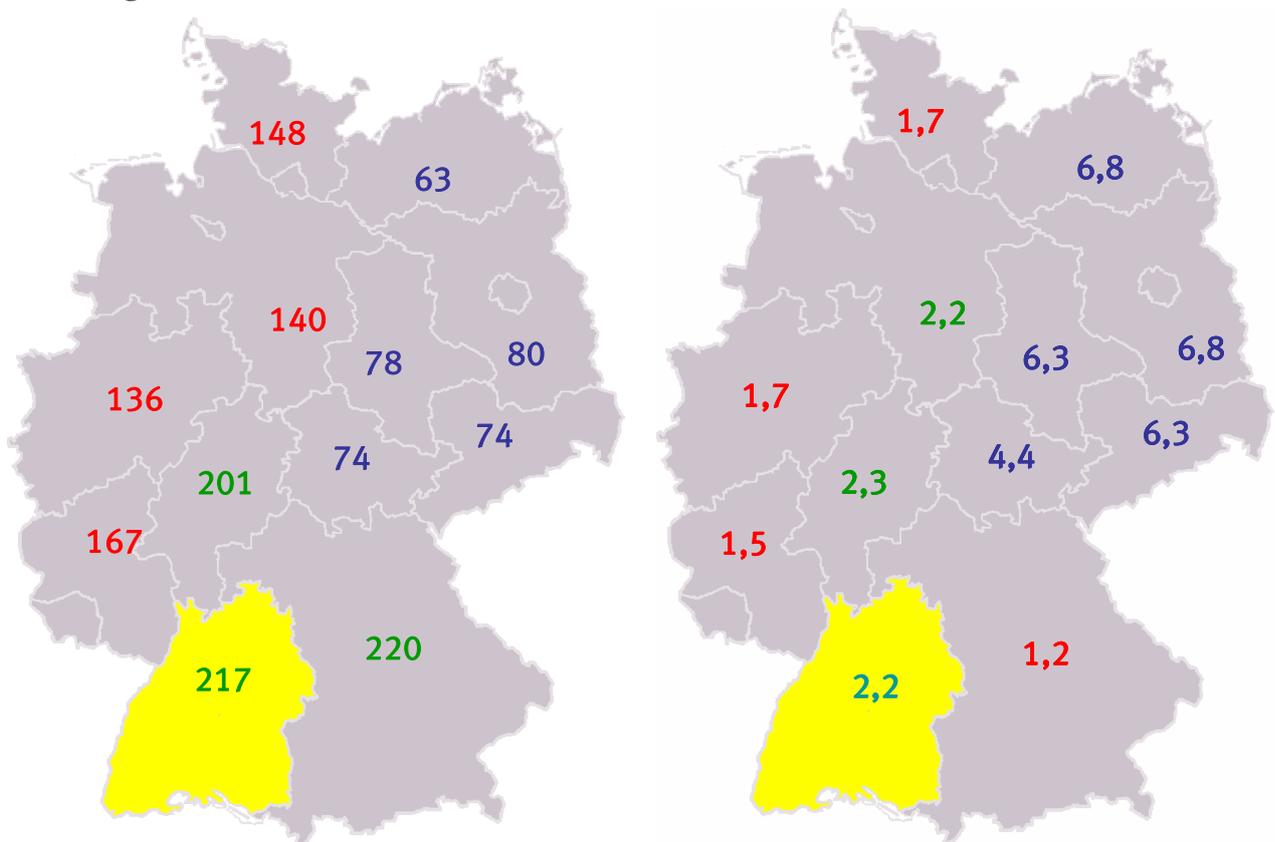
Das durchschnittliche Bruttovermögen privater Haushalte weist deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern auf. Neben dem markanten Unterschied zwischen west- und ostdeutschen Bundesländern ist in erster Linie ein deutliches Süd-Nord-Gefälle festzustellen (siehe

Abbildung 1).⁴ Bayern, Baden-Württemberg und Hessen weisen mit Werten von durchschnittlich über 200.000 Euro die höchsten Bruttovermögen aus. Die niedrigsten Bruttover-

⁴ Da die Vermögensverteilung rechtsschief ist, sind die durchschnittlichen Bruttogesamtvermögen der Haushalte deutlich höher als die Medianwerte. Die Abbildungen mit den Medianen der Bruttogesamtvermögen der Haushalte nach Bundesländern sind im Anhang zu finden. Auf der Basis der Mediane ergibt sich jedoch eine ähnliche Rangordnung der Bundesländer.

mögen sind im Osten, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen festzustellen. Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern, als dem Bundesland mit dem niedrigsten durchschnittlichen Bruttovermögen pro Haushalt, besitzen im Durchschnitt, bezogen auf das Jahr 2003, nur rund 29 Prozent des Bruttovermögens eines baden-württembergischen Haushalts.

Abbildung 1: Durchschnittliches Bruttogesamtvermögen der Haushalte nach Bundesländern (links: nominale Werte in 1.000 Euro, rechts: jährliche durchschnittliche Veränderung 1993 - 2003 in Prozent)



Quelle: EVS 1993, 2003, ZEW-Berechnungen.

Drei Jahre nach der Wiedervereinigung war dieser Unterschied noch größer, damals besaßen die Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern nur rund 19 Prozent des durchschnittlichen Bruttogesamtvermögens eines baden-württembergischen Haushalts. In Westdeutschland weist Niedersachsen unter den Flächenländern mit 140.495 Euro das niedrigste Bruttovermögen aus. Dies entspricht nur rund 65 Prozent des Durchschnittsvermögens eines Haushalts in Baden-Württemberg.

Wie aus den Abbildungen ersichtlich, ist das Bruttogesamtvermögen der Haushalte seit 1993 nicht in jedem Bundesland nominal angestiegen. Die höchsten jährlichen Wachstumsraten

sind – wegen des geringen Ausgangsniveaus – im Osten Deutschlands, namentlich in Mecklenburg-Vorpommern (6,79%), Brandenburg (6,78%) und Sachsen-Anhalt (6,28%) zu beobachten. In den westlichen Flächenländern sind die Zuwachsraten deutlich niedriger: Durchschnittlich sind die Bruttogesamtvermögen im Westen jährlich um 1,71% und im Osten um 5,38% gewachsen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Entwicklung hat sich der Unterschied in den Durchschnittsvermögen der West- und Ostdeutschen in den zehn Jahren von 1993 bis 2003 deutlich verringert. Unterstellt man eine gleich bleibende Anpassungsgeschwindigkeit, so wird es allerdings noch ungefähr 23 Jahre dauern, bis ost- und westdeutsche Haushalte ein annähernd gleiches durchschnittliches Bruttogesamtvermögen aufweisen werden.

Im Westen der Bundesrepublik lässt sich keine allgemeine Tendenz zu einer Konvergenz der Länder feststellen: Die Durchschnittsvermögen der Haushalte in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz sind auf recht niedrigem Niveau nur verhalten gewachsen, während Baden-Württemberg und Hessen auf höherem Niveau auch höhere Wachstumsraten aufwiesen. Bayern, wo die Durchschnittsvermögen auf hohem Niveau nur verhalten gewachsen sind, und Niedersachsen, wo auf relativ niedrigem Ausgangsniveau höhere Wachstumsraten zu beobachten sind, stellen Ausnahmen dar.

Insbesondere fällt im Westen die niedrige Wachstumsrate in Bayern von nur 1,17% im Jahresdurchschnitt auf. In Bayern als dem Bundesland mit dem höchsten durchschnittlichen Vermögen pro Haushalt im Jahr 1993 war das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttogesamtvermögens der Haushalte damit zwar positiv, lag jedoch weit unter dem Bundesdurchschnitt von 2,5%. Das Wachstum der Vermögen der baden-württembergischen Haushalte war dem gegenüber deutlich höher. Von 1993 bis 2003 betrug die jährliche Wachstumsrate des durchschnittlichen Bruttogesamtvermögens der Haushalte in Baden-Württemberg 2,16% (vgl. Tabelle 2).

Die unterschiedliche Entwicklung des Vermögens bayerischer und baden-württembergischer Haushalte hat zu einem annähernd gleichem durchschnittlichen Bruttogesamtvermögen im Jahr 2003 geführt. Der einstige Vorsprung bayerischer Haushalte von 20.396 EUR (im Durchschnitt) im Jahr 1993 gegenüber den Haushalten in Baden-Württemberg ist im Jahr 2003 auf 2.752 EUR geschrumpft.⁵ Während der Vermögensunterschied 1993 statistisch hochsignifikant (Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner als 1%) war, liegt 2003 kein signifikanter Unterschied (Irrtumswahrscheinlichkeit 31%) zwischen dem durchschnittlichen Haushaltsbruttogesamtvermögens in Bayern und Baden-Württemberg vor. Somit sind auf üblichen Sig-

⁵ Allerdings weicht die Anzahl der bayerischen Haushalte in der EVS 2003 erheblich von der der EVS 1993 ab, sie ist um 1532 Beobachtungen größer. Es besteht damit theoretisch die Möglichkeit, dass die Entwicklung des durchschnittlichen Vermögens in Bayern durch eine stärkere Berücksichtigung weniger vermögender Haushalte in der Erhebung 2003 nach unten verzerrt wurde.

nifikanzniveaus keine statistischen Unterschiede im Durchschnittsvermögen privater Haushalte in Bayern und Baden-Württemberg mehr vorhanden.

Tabelle 2: Nominale Wachstumsraten des durchschnittlichen Haushaltsbruttogesamtvermögens (von 1993 bis 2003) und Bevölkerungsanteile nach Bundesländern

Bundesland	Wachstumsrate p.a.	Bevölkerungsanteile
Mecklenburg-Vorpommern	6,79%	2,01%
Brandenburg	6,78%	3,11%
Sachsen-Anhalt	6,28%	3,14%
Sachsen	6,26%	5,64%
Thüringen	4,38%	2,91%
Hessen	2,26%	7,37%
Baden-Württemberg	2,16%	12,78%
Niedersachsen	2,15%	9,58%
Schleswig-Holstein	1,73%	3,47%
Nordrhein-Westfalen	1,65%	21,28%
Rheinland-Pfalz	1,52%	4,81%
Bayern	1,17%	14,75%
West-Deutschland	1,71%	78,59%
Ost-Deutschland	5,38%	21,41%
Deutschland gesamt	2,50%	100,00%

Quelle: EVS 2003, 1993, ZEW-Berechnungen. Gesamtzahlen inkl. Stadtstaaten und Saarland.

Nach Berücksichtigung des Anstiegs der Konsumentenpreise (gemessen als durchschnittlicher Anstieg des nationalen Konsumentenpreisindex) ist das reale Bruttogesamtvermögen in der Bundesrepublik Deutschland nur marginal gewachsen.⁶ Im Durchschnitt sind die Konsumentenpreise von 1993 bis 2003 jährlich um 1,85% und die durchschnittlichen Bruttogesamtvermögen um 2,5% angestiegen. Die reale Wachstumsrate des durchschnittlichen Bruttogesamtvermögens der Haushalte für Gesamtdeutschland liegt damit bei 0,65% p.a. In Westdeutschland ist sogar ein leichter Rückgang (-0,14%) des realen Bruttogesamtvermögens festzustellen. Hessen und Baden-Württemberg weisen, wie auch an den nominalen Steigerungsraten sichtbar, die größten realen Steigerungsraten des durchschnittlichen Bruttogesamtvermögens auf. In Ostdeutschland ist das durchschnittliche Haushaltsbruttovermögen seit 1993 bis 2003 dagegen jährlich real um 3,53% angestiegen. Zu berücksichtigen ist bei diesen Berechnungen allerdings, dass bundesdurchschnittliche Preisentwicklungen zugrundegelegt wurden und regionale Unterschiede in den Inflationsraten unberücksichtigt bleiben.

⁶ Es wird unterstellt, dass die Wachstumsrate des Bruttogesamtvermögens sich aus der Summe der realen Wachstumsrate und der Inflationsrate zusammensetzt.

3.2 Immobilienbesitz

Den größten Anteil am Gesamtvermögen der privaten Haushalte mit durchschnittlich rund 73 Prozent hat das Immobilienvermögen. Die Unterschiede zwischen den westlichen Bundesländern sind hier vergleichsweise gering, die Anteile variieren zwischen rund 76 Prozent in Hessen und rund 72 in Nordrhein-Westfalen. Aufgrund ihrer niedrigeren Immobilieneigentumsquote verzeichnen die ostdeutschen Länder noch etwas geringere Quoten zwischen rund 63 Prozent (Sachsen) und rund 69 Prozent (Sachsen-Anhalt) (vgl. Tabelle 3).

Vergleicht man die Immobilieneigentumsquote der Bundesländer untereinander, so lässt sich in einer groben Differenzierung eine Einteilung in drei Gruppen vornehmen. Recht geringe Eigentumsquoten finden sich in den ostdeutschen Flächenländern, sie liegen zwischen 36,6 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und 45,3 Prozent aller Haushalte in Thüringen. Eine zweite Gruppe stellen die nord- und mitteldeutschen westlichen Bundesländer dar, deren Eigentumsquoten zwischen 46,1 Prozent in NRW und 54,6 Prozent in Hessen betragen. Eine dritte Gruppe bilden schließlich die südlichen Bundesländer, die über die im Bundesvergleich höchsten Eigentumsquoten zwischen 57,7 Prozent in Bayern und 61,9 Prozent in Rheinland-Pfalz verfügen. Baden-Württemberg nimmt hier im Bundesvergleich mit 61,6 Prozent den zweiten Rang ein.

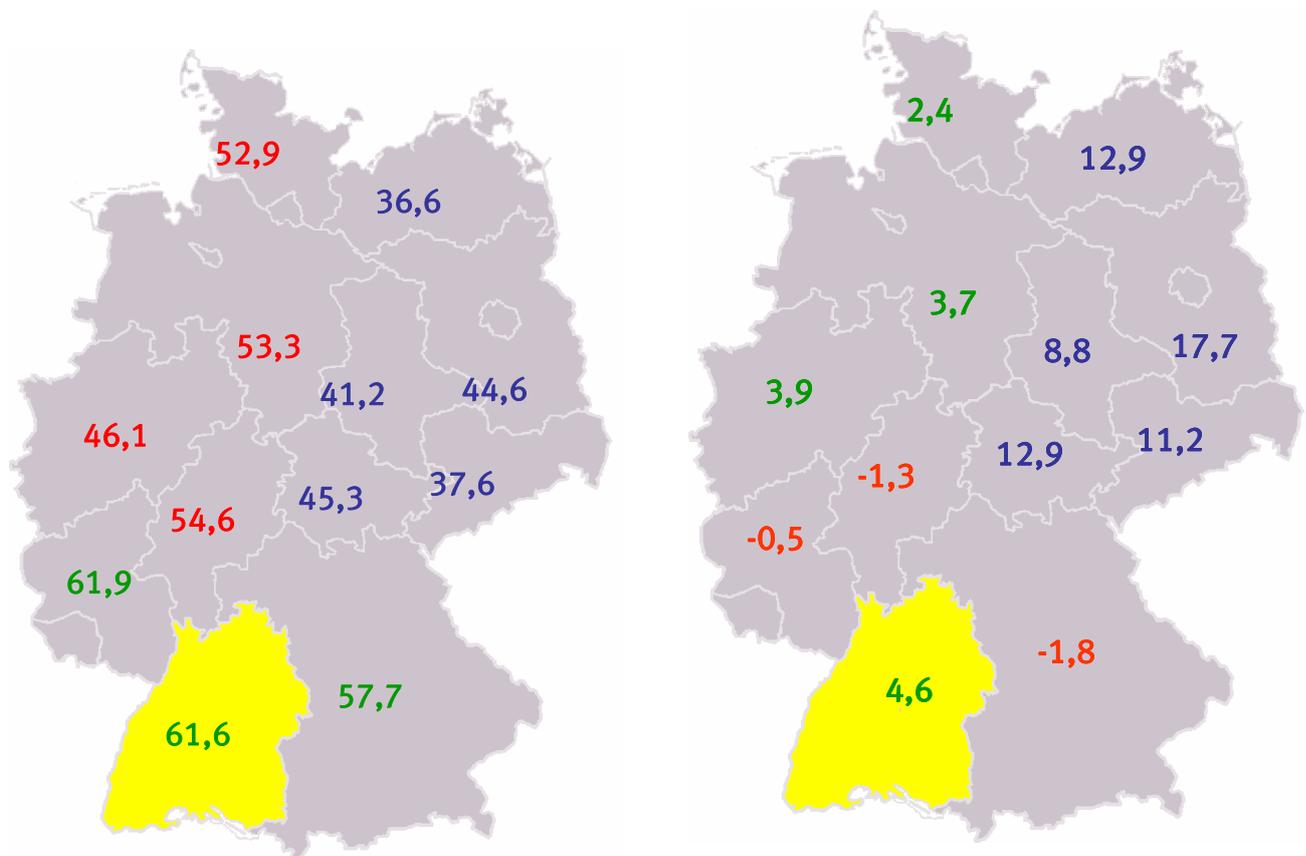
Betrachtet man die Änderungstendenzen im Vergleich der zehn Jahre von 1993 bis 2003, so ist festzustellen, dass grundsätzlich ein Angleichungsprozess stattgefunden hat. So sind die Eigentumsquoten der ostdeutschen Flächenländer in diesen zehn Jahren erheblich – zwischen 8,8 und 17,7 Prozentpunkten – gewachsen. Und auch in den westlichen Flächenländern, die sich auf niedrigem Niveau befinden, hat es in der Vergangenheit deutliche Zuwächse bei der Immobilieneigentumsquote gegeben. Dies war der Fall in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und in NRW. Rückläufige Immobilieneigentumsquoten gab es dagegen in den Spitzenländern Rheinland-Pfalz und Bayern. Die einzige Ausnahme stellt Baden-Württemberg dar, das sich auch 1993 mit einem Niveau von 57 Prozent bereits auf hohem Niveau befand und dessen Eigentumsquote nochmals um rund 4,6 Prozentpunkte gestiegen ist.

Tabelle 3: Anteil des Immobilienvermögens am Bruttogesamtvermögen der privaten Haushalte

	2003
Hessen	76.3%
Baden-Württemberg	74.7%
Bayern	74.6%
Niedersachsen	74.1%
Rheinland-Pfalz	73.6%
Schleswig-Holstein	72.8%
Nordrhein-Westfalen	72.1%
Sachsen-Anhalt	70.1%
Mecklenburg-Vorpommern	69.1%
Brandenburg	68.8%
Thüringen	65.2%
Sachsen	63.3%
Alle*	72.5%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. *bezogen auf alle 16 Bundesländer.

Abbildung 2: Anteil der Immobilienbesitzer an allen Haushalten (links: Anteil in Prozent, rechts: Änderung des Anteils 1993 - 2003 in Prozentpunkten)



Quelle: EVS 1993, 2003, ZEW-Berechnungen.

4 Vermögen privater Haushalte in ausgewählten westlichen Bundesländern

Die folgenden detaillierten Analysen beschränken sich auf große Flächenländer Westdeutschland, in denen jeweils mindestens 2.000 Haushalte in der uns zur Verfügung stehenden Stichprobe enthalten sind. Dies sind Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Die Entwicklung der Vermögenssituation der Haushalte in diesen Bundesländern wird außerdem mit dem Rest der westlichen Bundesländer im Aggregat verglichen.

In der Tabelle 4 und Tabelle 5 sind die durchschnittlichen Bruttogesamtvermögen der Haushalte in Baden Württemberg und anderen ausgewählten Bundesländern, segmentiert nach Anlageformen, dargestellt. Im Hinblick auf die Gesamtvermögen der Haushalte zeigen sich folgende Unterschiede und Entwicklungstendenzen: Wie oben bereits aufgezeigt, wiesen bayerische Haushalte mit einem Bruttovermögen von rund 220.000 Euro Anfang 2003 bundesweit die höchsten Durchschnittsvermögen auf. Die baden-württembergischen Haushalte waren mit rund 217.000 Euro etwas weniger wohlhabend. Wie die Wachstumsraten bereits erkennen ließen, haben sich die Durchschnittsvermögen der privaten Haushalte in den beiden wohlhabendsten Bundesländern in der Vergangenheit weitgehend angeglichen, da die bayerischen Durchschnittsvermögen im Vergleich zu den baden-württembergischen weniger stark gestiegen sind. Allerdings ist diese Entwicklung nicht durchgehend im Vergleich auch zu anderen westlichen Bundesländern zu beobachten.

Die Relation der durchschnittlichen Bruttovermögen in Hessen zu den durchschnittlichen Vermögen in Baden-Württemberg ist im Zeitverlauf mit rund 92-93 Prozent nahezu unverändert geblieben. Gegenüber NRW und dem Rest der westlichen Bundesländer konnte Baden-Württemberg allerdings seine Position leicht verbessern. 1993 wiesen die Haushalte in NRW und den restlichen westlichen Bundesländern noch rund 66% des durchschnittlichen baden-württembergischen Vermögens auf, in 2003 ist dieser Anteil auf rund 62 bis 63 Prozent zurückgegangen. Statistisch sind die Unterschiede zwischen den Durchschnittsvermögen der Haushalte in Baden-Württemberg einerseits und Hessen, Nordrhein-Westfalen und den übrigen westdeutschen Bundesländern andererseits signifikant.

Tabelle 4: Durchschnittsvermögen der Haushalte für 2003 nach ausgewählten Bundesländern und Anlageformen (in Euro)

Vermögenskategorie	BW	BY	HE	NW	REST
Bankguthaben	18.730	21.802	18.878	15.006	15.424
Bausparen	3.727	3.611	2.991	2.110	2.548
Aktienfonds	4.077	3.736	3.192	2.490	3.016
Aktien	4.202	4.057	3.418	2.378	2.501
Renten	2.758	2.490	2.038	1.690	2.464
Versicherungen	17.086	16.149	13.216	11.549	9.714
Sonstige Vermögensbet. /Wertp.	4.425	4.008	4.015	2.587	3.234
Immobilienvermögen (Brutto)	162.441	164.345	153.559	97.747	98.996
Gesamtvermögen (Brutto)	217.446	220.198	201.308	135.557	137.897
In Relation zu BW	-	101%	93%	62%	63%

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen. REST bezieht sich auf westdeutsche Bundesländer ohne Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Tabelle 5: Durchschnittsvermögen der Haushalte für 1993 nach ausgewählten Bundesländern und Anlageformen (in Euro)

Vermögensposten	BW	BY	HE	NW	REST
Bankguthaben	14.208	14.904	13.410	10.933	10.485
Bausparen	3.111	3.242	2.552	1.814	2.207
Aktien	1.713	1.804	1.991	1.643	1.239
Renten	3.303	3.474	3.568	2.509	2.730
Versicherungen	12.855	12.741	10.661	10.224	8.983
Sonstige Vermögensbet. /Wertp.	2.621	3.010	2.725	2.428	2.455
Immobilienvermögen (Brutto)	137.780	156.814	126.098	85.596	87.468
Gesamtvermögen (Brutto)	175.593	195.989	161.004	115.147	115.567
In Relation zu BW	-	112%	92%	66%	66%

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen. REST bezieht sich auf westdeutsche Bundesländer ohne Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Aktienfonds 1993 in Sonst. Vermögensbeteiligungen/Wertpapiere enthalten.

Tabelle 6: Portfoliostruktur der Haushalte für 2003 nach ausgewählten Bundesländern

Vermögensposten	BW	BY	HE	NW	REST
Bankguthaben	8,6%	9,9%	9,4%	11,1%	11,2%
Bausparen	1,7%	1,6%	1,5%	1,6%	1,8%
Aktienfonds	1,9%	1,7%	1,6%	1,8%	2,2%
Aktien	1,9%	1,8%	1,7%	1,8%	1,8%
Renten	1,3%	1,1%	1,0%	1,2%	1,8%
Versicherungen	7,9%	7,3%	6,6%	8,5%	7,0%
Sonstige Vermögensbeteiligungen/ Wertpapiere	2,0%	1,8%	2,0%	1,9%	2,3%
(Brutto) Immobilienvermögen	74,7%	74,6%	76,3%	72,1%	71,8%
(Brutto) Gesamtvermögen	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen. REST bezieht sich auf westdeutsche Bundesländer ohne Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Tabelle 7: Portfoliostruktur der Haushalte für 1993 nach ausgewählten Bundesländern

Vermögensposten	BW	BY	HE	NW	REST
Bankguthaben	8,1%	7,6%	8,3%	9,5%	9,1%
Bausparen	1,8%	1,7%	1,6%	1,6%	1,9%
Aktien	1,0%	0,9%	1,2%	1,4%	1,1%
Renten	1,9%	1,8%	2,2%	2,2%	2,4%
Versicherungen	7,3%	6,5%	6,6%	8,9%	7,8%
Sonstige Vermögensbeteiligungen/ Wertpapiere	1,5%	1,5%	1,7%	2,1%	2,1%
(Brutto) Immobilienvermögen	78,5%	80,0%	78,3%	74,3%	75,7%
(Brutto) Gesamtvermögen	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen. REST bezieht sich auf westdeutsche Bundesländer ohne Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Aktienfonds 1993 in Sonst. Vermögensbeteiligungen/Wertpapiere enthalten.

Die Vermögensstrukturen der privaten Haushalte weisen in den Bundesländern im Durchschnitt nur geringe Unterschiede auf. Generell ist die Vermögensstruktur in den westlichen Bundesländern durch drei Anlageformen wesentlich bestimmt: Immobilienvermögen, Bankguthaben und Versicherungen machen 2003 (1993) im Schnitt 91% (93%) des durchschnittlichen Haushaltsbruttovermögens aus. Die restlichen 9% (7%) teilen sich auf Bausparguthaben, Aktien, Renten sowie sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen auf.

Als allgemeine Änderungstendenz lässt sich in erster Linie ein leichter Rückgang des Anteils des Immobilienvermögens am Gesamtbruttovermögen von 77% in 1993 auf durchschnittliche 74% im Jahr 2003 erkennen. Die Vermögensanteile von Bankguthaben, Bausparen und Versicherungen haben sich dagegen kaum verändert. Verschiebungen haben sich dagegen bei den Anteilen von Aktien, sonstigen Wertpapieren und Vermögensbeteiligungen sowie Rentenwerten ergeben.

Ein statistischer Vergleich aller Einzelpositionen des Vermögens baden-württembergischer Haushalte mit denen in Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und dem restlichen Westdeutschland zeigt detailliertere Unterschiede auf (vgl. Tabelle 8 und Tabelle 9). Bis auf wenige Ausnahmen ist in 2003 jede einzelne durchschnittliche Vermögensposition in Baden-Württemberg signifikant höher (auf einem Signifikanzniveau von mindestens 15 Prozent) als in allen anderen westlichen Bundesländern. Zu den Ausnahmen zählen die Bankguthaben (signifikant höher als in Baden-Württemberg) und Immobilienvermögen (nicht signifikant verschieden) in Bayern und Bankguthaben in Hessen (nicht signifikant verschieden). 1993 waren dagegen in erheblich mehr Vermögenskategorien signifikant negative bzw. nicht signifikante Abweichungen von Baden-Württemberg zu anderen Bundesländern festzustellen.

Im Folgenden werden einige Vermögens- und Verschuldungsarten – Immobilien, Aktien und Konsumentenkredite – etwas differenzierter betrachtet.

Tabelle 8: Vermögenspositionen in Baden-Württemberg im Vergleich zu ausgewählten Bundesländern für 2003 (in Euro)

Vermögensposten	BW	BW - BY	BW - HE	BW - NW	BW - REST
Bankguthaben	18.730	-3.072	(-148)	3.724	3.306
Bausparen	3.727	116	736	1.617	1.179
Aktien	8.279	487	1.669	3.411	2.762
Renten	2.758	267	720	1.068	294
Versicherungen	17.086	937	3.870	5.537	7.372
Sonstiges Vermögen	4.425	417	410	1.838	1.192
Brutto Immobilienvermögen	162.441	(-1.904)	8.882	64.694	63.445
Brutto Gesamtvermögen	217.446	(-2.752)	16.138	81.889	79.549
Schulden (Hypotheken u.ä.)	34.645	5.571	5.166	12.182	10.487
Schulden (Konsum)	989	-119	-272	-262	-534
Netto Gesamtvermögen	181.812	(-8.204)	11.244	69.969	69.596

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Klammern sind nicht signifikant (besitzen eine Irrtumswahrscheinlichkeit von mehr als 15 %).

Tabelle 9: Vermögenspositionen in Baden-Württemberg im Vergleich zu ausgewählten Bundesländern für 1993 (in Euro)

Vermögensposten	BW	BW - BY	BW - HE	BW - NW	BW - REST
Bankguthaben	14.208	-695	(798)	3.276	3.723
Bausparen	3.111	(-130)	559	1.297	904
Aktien	1.713	-91	(-278)	(70)	474
Renten	4.542	(-62)	(-69)	1.113	959
Versicherungen	12.855	114	2.194	2.631	3.872
Sonstiges Vermögen	1.383	-498	(-298)	(-125)	(-219)
Brutto Immobilienvermögen	137.780	-19.033	11.682	52.184	50.312
Brutto Gesamtvermögen	175.593	-20.396	14.589	60.446	60.026
Schulden (Hypotheken u.ä.)	20.785	458	2.275	5.334	7.968
Schulden (Konsum)	1.024	(103)	-142	(75)	-94
Netto Gesamtvermögen	153.783	-20.957	12.455	55.037	52.152

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Klammern sind nicht signifikant (besitzen eine Irrtumswahrscheinlichkeit von mehr als 15 %).

Tabelle 10: Anteile der Haushalte mit einer bestimmten Vermögenskategorien an der Gesamtbevölkerung des Bundeslandes (EVS 2003)

Bundesland	Immobilien*	Versicherungen	Bankguthaben	Aktien/Aktienfonds*	Renten*	Son. Vermög.*	Bausparen
Schleswig-Holstein	45,3%	53,4%	80,5%	34,9%	9,1%	14,7%	38,3%
Niedersachsen	46,6%	52,7%	81,8%	30,0%	6,4%	11,8%	45,2%
Nordrhein-Westfalen	41,4%	54,5%	78,8%	31,6%	6,8%	11,4%	37,4%
Hessen	52,9%	55,1%	83,8%	35,7%	8,8%	13,3%	44,7%
Rheinland-Pfalz	55,4%	56,8%	83,2%	31,8%	6,5%	12,2%	49,2%
Baden-Württemberg	59,1%	59,3%	86,0%	37,6%	7,8%	14,8%	51,3%
Bayern	56,0%	63,0%	84,5%	42,3%	9,6%	17,3%	52,1%
Brandenburg	41,5%	61,6%	78,4%	25,3%	5,3%	10,5%	37,1%
Mecklenburg-Vorpommern	34,4%	55,5%	73,5%	22,6%	4,0%	8,5%	30,9%
Sachsen	36,0%	59,1%	83,6%	28,3%	6,9%	13,3%	42,6%
Sachsen-Anhalt	39,7%	57,9%	80,4%	24,2%	4,8%	10,2%	34,9%
Thüringen	37,8%	57,5%	80,2%	27,9%	4,8%	9,8%	40,6%
West	49,5%	56,6%	82,2%	34,7%	7,7%	13,5%	44,5%
Ost	33,3%	55,8%	79,8%	28,8%	7,6%	12,2%	35,7%
Bundesrepublik gesamt	46,0%	56,4%	81,7%	33,4%	7,6%	13,2%	42,6%

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen. * Anteile beziehen sich auf den Anteil der Haushalte mit einem positiven Ausweis dieser Vermögenskategorie.

Tabelle 11: Anteile der Haushalte mit einer bestimmten Vermögenskategorien an der Gesamtbevölkerung des Bundeslandes (EVS 1993)

Bundesland	Immobilien*	Versicherungen	Bankguthaben	Aktien*	Renten*	Son. Vermög.*	Bausparen
Schleswig-Holstein	50,5%	68,8%	90,7%	9,8%	24,1%	15,1%	42,5%
Niedersachsen	49,6%	64,3%	93,3%	11,2%	21,0%	13,8%	45,7%
Nordrhein-Westfalen	42,2%	69,6%	91,2%	11,5%	20,5%	12,2%	34,9%
Hessen	56,0%	65,8%	92,4%	14,3%	25,4%	12,9%	44,0%
Rheinland-Pfalz	62,3%	68,6%	93,1%	9,9%	19,4%	8,0%	46,4%
Baden-Württemberg	57,0%	65,4%	93,0%	12,9%	23,0%	10,6%	49,7%
Bayern	59,5%	72,2%	93,2%	14,8%	27,3%	14,3%	50,7%
Brandenburg	26,9%	68,5%	90,1%	3,4%	11,4%	15,2%	32,5%
Mecklenburg-Vorpommern	23,7%	67,2%	87,2%	2,5%	13,0%	12,5%	36,9%
Sachsen	26,4%	61,0%	92,0%	3,2%	12,4%	15,2%	35,3%
Sachsen-Anhalt	32,4%	63,1%	87,9%	1,3%	8,0%	12,0%	34,0%
Thüringen	32,4%	63,0%	91,8%	2,8%	12,2%	10,9%	33,0%
West	51,3%	67,8%	92,3%	12,3%	22,8%	12,4%	43,2%
Ost	27,2%	62,3%	89,6%	4,2%	13,2%	13,3%	32,9%
Bundesrepublik gesamt	46,0%	66,6%	91,7%	10,5%	20,7%	12,6%	40,9%

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen. * Anteile beziehen sich auf den Anteil der Haushalte mit einem positiven Ausweis dieser Vermögenskategorie. Aktienfonds 1993 in Sonst. Vermögensbeiträgen/Wertpapiere enthalten.

4.1 Aktienbesitz

Allgemein lässt sich feststellen, dass sich der Anteil des direkten Aktienbesitzes deutlich erhöht hat, insbesondere in Bayern und Baden-Württemberg hat er sich nahezu verdoppelt. In Baden-Württemberg ist der direkte Aktienanteil von ca. 1% (EVS 1993) auf ungefähr ca. 1,9% (EVS 2003) des durchschnittlichen Bruttogesamtvermögens der Haushalte angestiegen. Ähnliche Werte sind in Bayern zu verzeichnen. In Hessen und NRW sind die Steigerungen etwas geringer, da der Aktienanteil 1993 bereits etwas höher und 2003 dafür etwas niedriger als in den zuvor genannten Ländern war. Der Anteil von Aktienfonds am Vermögen der privaten Haushalte ist ungefähr so hoch wie der des direkten Anteilsbesitzes. 1993 wurde diese Kategorie nicht separat ausgewiesen, sie ist in der hier ausgewiesenen Aufstellung in der Kategorie „Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen“ enthalten. Allerdings ist zu vermuten, dass sich – analog zum Anstieg des direkten Aktienbesitzes – auch der Anteil an Investmentzertifikaten mit Anlageschwerpunkt in Aktien deutlich erhöht hat.

Während auf der Basis des durchschnittlichen Aktienbesitzes – betrachtet über alle Haushalte – keine gravierenden Unterschiede zwischen den Bundesländern festzustellen sind, ergeben sich deutlichere Unterschiede, wenn man nur die Gruppe der Haushalte betrachtet, die tatsächlich Aktien besitzen. Betrachtet man zunächst die Aktienbesitzquote, so ist zunächst festzustellen, dass sie in allen Ländern deutlich gewachsen ist, im Durchschnitt um rund 10 Prozentpunkte. Die Veränderungen sind in Baden-Württemberg und insbesondere in Bayern aber etwas stärker als in Hessen und in NRW gewesen.

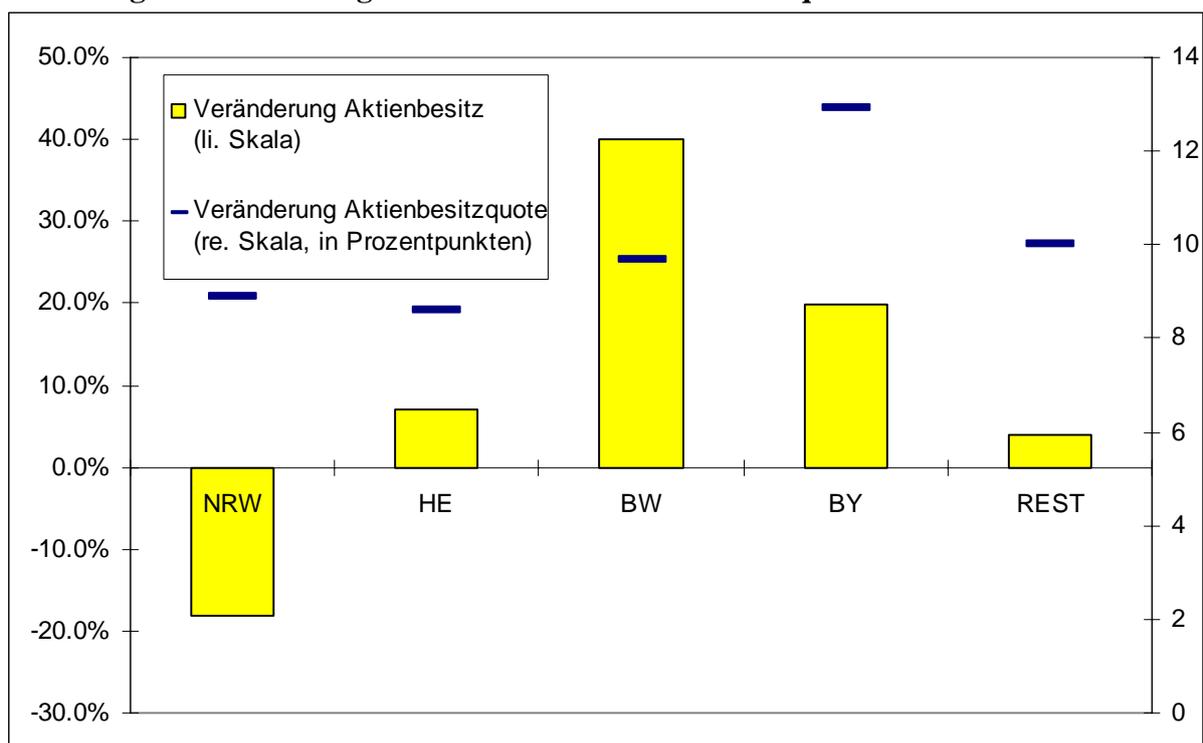
Vergleicht man dagegen die Höhe des durchschnittlichen Aktienbesitzes je Aktienbesitzer, so lassen sich deutliche Unterschiede feststellen. So weist das durchschnittliche Aktienvermögen je Aktienbesitzer deutliche absolute Unterschiede zwischen den Bundesländern aus, die aber weitgehend den Unterschieden in den Gesamtvermögen entsprechen. Die Relation von Aktienbesitz zu Gesamtvermögen weist nur geringfügige Unterschiede zwischen den Bundesländern auf. Sie schwankt insgesamt zwischen rund 5,2 % in Baden-Württemberg und 4,3 Prozent in Bayern als den jeweils höchsten und niedrigsten durchschnittlichen Anteilswerten.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich die durchschnittlichen Aktienvermögen der Aktienbesitzer in Relation zum Gesamtvermögen angeglichen haben, die Unterschiede waren 1993 etwas größer. Zur Nivellierung hat insbesondere der starke Anstieg der Aktienvermögen je Aktienbesitzer in Baden-Württemberg beigetragen: Insgesamt sind die durchschnittlichen Aktienbestände der Haushalte mit Aktienbesitz in Baden-Württemberg um rund 40 Prozent gestiegen, während sie in Bayern und Hessen erheblich verhaltener gewachsen und in NRW sogar zurückgegangen sind (vgl. **Tabelle 12** und **Abbildung 3**).

Tabelle 12: Aktienbesitz und Aktienbesitzquote

2003	BW	BY	HE	NW	übrige West
Anteil Aktienbesitzer (in %)	22,6%	27,7%	22,9%	20,4%	20,6 %
Durchschnittliches Aktienvermögen (in Euro)	18.614	14.665	14.898	11.682	12.118
Anteil Aktienvermögen an Gesamtvermögen	5,2	4,3	4,8	4,8	4,7
1993	BW	BY	HE	NW	übrige West
Anteil Aktienbesitzer (in %)	12,9%	14,8%	14,3%	11,5%	10,6%
Durchschnittliches Aktienvermögen (in Euro)	13.296	12.227	13.924	14.263	11.647
Anteil Aktienvermögen an Gesamtvermögen	4,4	3,7	5,5	6,4	6,0

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 3: Veränderung Aktienbesitz und Aktienbesitzquote 1993-2003


Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

4.2 Konsumentenkredite

Deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern sind auch bei der Verschuldung der privaten Haushalte mit Konsumentenkrediten zu beobachten. In den süddeutschen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg nehmen nur 12 bzw. 11 Prozent der Haushalte Konsumentenkredite in Anspruch (vgl. Tabelle 13 und Tabelle 14). In NRW und in Hessen liegt dieser Anteil mit 16 Prozent bzw. 14 Prozent deutlich höher. Auch im Rest der westlichen Bundesländer ist eine höhere Quote von rund 16 Prozent verschuldeter Haushalte festzustellen.

Betrachtet man die zeitliche Entwicklung, so lässt sich in allen Ländern ein Rückgang des Anteils der Haushalte mit Konsumentenkrediten feststellen. Am deutlichsten ausgeprägt ist dieser Rückgang mit rund 5 Prozentpunkten in Baden-Württemberg, in den anderen großen Bundesländern sind erheblich schwächere Rückgänge zwischen einem und drei Prozentpunkten zu beobachten.

Die durchschnittliche absolute Höhe der Konsumentenkredite unterscheidet sich nicht erheblich zwischen den Bundesländern: Die Höhe der Konsumentenkredite lag 2003 zwischen 8.012 Euro in NRW und 9.360 Euro in Bayern bzw. 9.372 Euro im Rest der westdeutschen Bundesländer. Setzt man die durchschnittliche Höhe der Konsumentenkredite ins Verhältnis zum Bruttogesamtvermögen, so ist der Anteil der Konsumentenkredite bei den baden-württembergischen und hessischen Haushalten mit 6,6 Prozent bzw. 6,1 Prozent am kleinsten. Im Vergleich der Jahre 1993 und 2003 sind die durchschnittlichen Kreditbeträge bei den Kreditnehmerhaushalten in allen Ländern deutlich angestiegen. Am geringsten war dieser Anstieg in prozentualer Betrachtung in Baden Württemberg (38 Prozent) und in Hessen (14 Prozent), am höchsten in Bayern (52 Prozent), NRW (55 Prozent) und im Rest der westdeutschen Bundesländer (64 Prozent).

Die Durchschnittsbetrachtung der Haushalte mit und ohne Konsumentenkredite zeigt Unterschiede in der Vermögensausstattung an. Haushalte mit einem positiven Ausweis an Konsumentenkrediten besitzen im Durchschnitt deutlich weniger Vermögen als Haushalte ohne jegliche Konsumentenkredite. So besitzt ein Haushalt in Baden-Württemberg mit einem Konsumentenkredit im Durchschnitt rund 100.000. Euro (2003) weniger Bruttogesamtvermögen als ein Haushalt in Baden-Württemberg ohne jegliche Konsumentenkredite. In anderen Bundesländern sind die Unterschiede etwas geringer.

Tabelle 13: Haushalte mit und ohne Konsumentenkredite 2003 (in Euro)

Ausgewählte Variablen	BW	BY	HE	NW	übrige West
Haushalte mit Konsumentenkrediten					
Haushalte mit Konsumentenkrediten	11%	12%	14%	16%	16%
Bruttogesamtvermögen	130.772	124.897	143.526	90.799	80.917
Nettogesamtvermögen	83.760	84.795	92.973	57.176	44.731
Konsumentenkredite	8.639	9.360	8.742	8.012	9.372
Konsumkredite / Bruttogesamtvermögen	6,6%	7,5%	6,1%	8,8%	11,6%
Haushalte ohne Konsumentenkredite					
Haushalte ohne Konsumentenkredite	89%	88%	86%	84%	84%
Bruttogesamtvermögen	228.647	232.994	211.047	143.833	148.952
Nettogesamtvermögen	194.484	204.144	183.645	121.953	125.309

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 14: Haushalte mit und ohne Konsumentenkredite 1993 (in Euro)

Ausgewählte Variablen	BW	BY	HE	NW	übrige West
Haushalte mit Konsumentenkrediten					
Haushalte mit Konsumentenkrediten	16%	15%	15%	18%	20%
Bruttogesamtvermögen	118.263	157.636	121.513	87.754	80.000
Nettogesamtvermögen	84.933	123.360	90.011	62.591	58.581
Konsumentenkredite	6.261	6.162	7.686	5.174	5.704
Konsumkredite / Bruttogesamtvermögen	5,3%	3,9%	6,3%	5,9%	7,1%
Haushalte ohne Konsumentenkredite					
Haushalte ohne Konsumentenkrediten	84%	85%	85%	82%	80%
Bruttogesamtvermögen	186.808	202.731	168.066	121.306	124.238
Nettogesamtvermögen	167.253	183.773	150.505	106.875	112.127

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen.

4.3 Hypothekarkredite

Betrachtet man die Verschuldung in Hypothekarkrediten, so zeigt sich entsprechend der unterschiedlichen Immobilieneigentumsquoten ein unterschiedlich hoher Anteil von Haushalten mit Krediten in den Bundesländern. Baden-Württemberg weist hier – begründet durch die hohe und in der Vergangenheit zudem deutlich gestiegene Immobilieneigentumsquote – den höchsten Anteil unter den großen Bundesländern auf. Das Bruttogesamtvermögen der Haushalte mit Immobilienschulden ist in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen annähernd gleich, die Höhe der Hypothek in Relation zum Bruttogesamtvermögen ist allerdings in Bayern mit 24,7% am kleinsten. In Baden-Württemberg liegt die Verschuldungsquote (aus Hypotheken) mit durchschnittlich 27,8% zwar immer noch unter dem Bundesdurchschnitt von 29%, aber deutlich höher als in Bayern. Werden gleiche deskriptive Statistiken für das Jahr 1993 herangezogen, wird dieses Ergebnis bestätigt. Bayerische Hypothekenbesitzer weisen 1993 von allen untersuchten Bundesländern die niedrigste Verschuldungsquote von 18% auf. Vergleichbare Haushalte in Baden-Württemberg weisen in der gleichen EVS Welle eine durchschnittliche Verschuldungsquote von 21% auf.⁷

Auffallend sind die Vermögensunterschiede der Haushalte ohne Hypotheken in den einzelnen Bundesländern. Hier zeigen sich erheblich größere Unterschiede von Bundesland zu Bundesland als bei den Vermögen von Hypothekenbesitzern. Besonders deutlich ist der Unterschied zwischen NRW und anderen Bundesländern: Während die Brutto- bzw. Nettogesamtvermögen in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen der Nicht-Hypothekenbesitzer auf ähnlichem Niveau sind, ist das Brutto- bzw. Nettogesamtvermögen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den Haushalten in reichen Bundesländern beinahe um die Hälfte kleiner. Hypothekenbesitzer in Nordrhein-Westfalen weisen dagegen ungefähr 80%-85% des Brutto- bzw. Nettogesamtvermögens der Hypothekenbesitzer in Baden-Württemberg, Bayern oder Hessen auf.

⁷ Beim Vergleich dieser Zahlen zwischen den Jahren 1993 und 2003 ist zu berücksichtigen, dass die Definition der Hypothekenrestschulden in 2003 von der in 1993 abweicht. Während in 1993 die tatsächlich noch zu tilgende Restschuld angegeben wurde, musste 2003 die Restschuld zzgl. noch zu leistender Zinszahlungen angegeben werden. Vgl. zu einer ausführlichen Diskussion dieser Problematik Westerheide/Ammermüller/Weber (2005), S. 54ff.

Tabelle 15: Haushalte mit und ohne Hypotheken 2003 (in Euro)

Ausgewählte Variablen	BW	BY	HE	NW	übrige West
Haushalte mit Hypotheken					
Haushalte mit Hypotheken	34%	30%	28%	26%	27%
Bruttogesamtvermögen	363.739	387.889	364.821	305.507	288.670
Nettogesamtvermögen	261.381	290.761	258.771	216.005	196.227
Hypotheken	101.294	95.820	104.181	88.084	90.664
Hypothek zum Bruttogesamtvermögen	27,8%	24,7%	28,6%	28,8%	31,4%
Haushalte ohne Hypotheken					
Haushalte ohne Hypotheken	66%	70%	72%	74%	73%
Bruttogesamtvermögen	141.402	147153	136.782	77.381	83.130
Nettogesamtvermögen	140.452	146.133	135.761	76.188	81.699

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen. Die Zahlen beziehen sich auf Durchschnittswerte.

Tabelle 16: Haushalte mit und ohne Hypotheken 1993 (in Euro)

Ausgewählte Variablen	BW	BY	HE	NW	übrige West
Haushalte mit Hypotheken					
Haushalte mit Hypotheken	31%	32%	29%	23%	25%
Bruttogesamtvermögen	320.966	352.146	306.304	273.804	242.744
Nettogesamtvermögen	253.044	287.703	239.866	206.529	190.258
Hypotheken	66.982	63.333	64.731	66.256	51.301
Hypothek zum Bruttogesamtvermögen	20,9%	18,0%	21,1%	24,2%	21,1%
Haushalte ohne Hypotheken					
Haushalte ohne Hypotheken	69%	68%	71%	77%	75%
Bruttogesamtvermögen	110.186	122.177	102.817	66.895	73.211
Nettogesamtvermögen	109.124	121.346	101.867	65.966	72.115

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen. Die Zahlen beziehen sich auf Durchschnittswerte.

4.4 Weitere ausgewählte Kennzahlen

– Sparquoten

Haushalte in Baden-Württemberg weisen in den beiden Erhebungsjahren 1993 und 2003 eine überdurchschnittliche Sparquote⁸ von 14,5% und 13,3% auf, in der Erhebung 1993 ist die Sparquote baden-württembergischer Haushalte im Ländervergleich sogar am höchsten. 2003 ist die Sparquote in Bayern (13,6%) hingegen höher als die in Baden-Württemberg. Verglichen mit einer bundesdurchschnittlichen Sparquote von 11,1% im Jahr 2003 ist die Sparquote baden-württembergischer Haushalte jedoch immer noch deutlich höher als in den meisten anderen Bundesländern. In Nordrhein-Westfalen und den restlichen westlichen Bundesländern sind die Sparquoten wesentlich geringer und betragen im Durchschnitt 10% bzw. 11,4%.

– Vermögensanteile

Zur Verdeutlichung des Vermögensunterschieds zwischen den Bundesländern kann alternativ der Bevölkerungsanteil und der Vermögensanteil betrachtet werden. Baden-Württemberg, Bayern und Hessen weisen einen deutlich größeren Anteil am Gesamtbruttovermögen als an den Haushalten in Deutschland auf. Die übrigen untersuchten Bundesländer haben umgekehrt einen geringeren Anteil am Bruttogesamtvermögen als an der Bevölkerung. So besaßen z.B. baden-württembergische Haushalte 2003 19,5% des gesamten Haushaltsbruttovermögens, stellen aber nur 15,7% der gesamten Haushalte Westdeutschlands.

– Vermögensverteilung

Interessant ist es auch, die haushaltsbezogene Vermögensverteilung über die Bundesländer zu vergleichen. Ein allgemein gebräuchliches statistisches Maß für die Gleichmäßigkeit einer Einkommens- oder Vermögensverteilung ist der Gini-Koeffizient. Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je höher er ist, desto größer ist die Ungleichheit der zugrunde gelegten Verteilung. Hier zeigt sich, dass die Vermögensverteilung in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern am gleichmäßigsten ist: Der Gini-Koeffizient ist in Baden-Württemberg am kleinsten. Bayern und Hessen weisen dagegen etwas höhere Gini-Koeffizienten auf. Auffällig sind die größeren Gini-Koeffizienten in Nordrhein-Westfalen und den restlichen westdeutschen Bundesländern, welche in den beiden Erhebungsjahren teilweise deutlich über 0,6 liegen. Die Ergebnisse sind der Tendenz nach ro-

⁸ Sparquoten werden als Ersparnis in Relation zum ausgabenfähigen Haushaltseinkommen (Ersparnis/ausgabenfähiges Haushaltseinkommen) berechnet. Die Ersparnis 1993 wird definiert als: Ersparnis = Ausgabenfähiges Haushaltseinkommen – Privater Verbrauch – sonstige Ausgaben, vgl. Hertel (1997, S 34, Tabelle 7). 2003 wird die in der EVS nachrichtlich angegebene Ersparnis für die Berechnung verwendet, vgl. Kott (2005, S. 1310, Tabelle 1).

bust, sie lassen sich sowohl im Brutto- als auch im Nettogesamtvermögen und in beiden EVS-Wellen finden (vgl. Tabelle 17, Tabelle 18 und Abbildung 4)

Tabelle 17: Ausgewählte Statistiken für 2003

Bundesland	Sparquote	Bevölkerungsanteil	Vermögensanteil	Gini-Koeffizient	Schuldenfreie Immobilienbesitzer
Baden-Württemberg	13,3%	15,7%	19,5%	55,6%	25,4%
Bayern	13,6%	18,1%	22,9%	58,2%	26,1%
Hessen	11,7%	9,1%	10,6%	60,7%	24,7%
Nordrhein-Westfalen	9,3%	26,2%	21,4%	63,0%	16,5%
Übriges Westdeutschland	10,7%	30,9%	25,5%	63,3%	17,4%

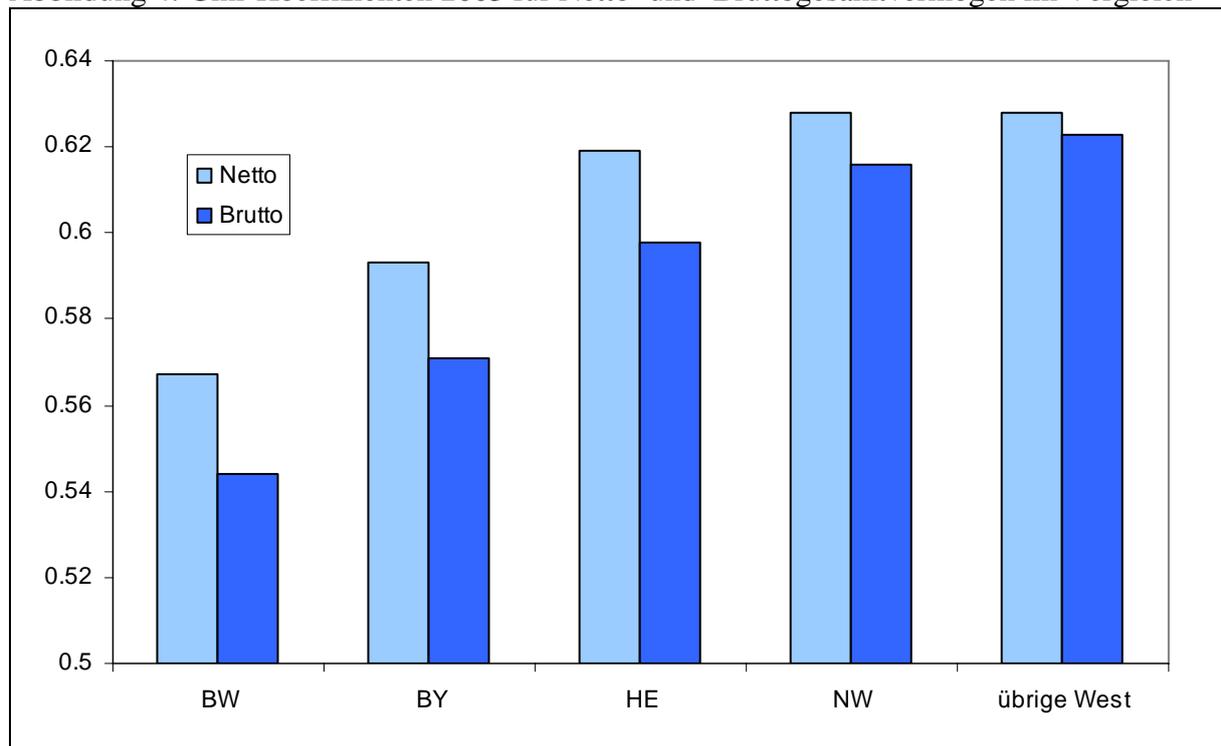
Quelle EVS 2003, ZEW-Berechnungen. Ausgewiesene Gini-Koeffizienten beziehen sich auf das Bruttogesamtvermögen.

Tabelle 18: Ausgewählte Statistiken für 1993

Bundesland	Sparquote	Bevölkerungsanteil	Vermögensanteil	Gini-Koeffizient	Schuldenfreie Immobilienbesitzer
Baden-Württemberg	14,5%	15,5%	19,0%	55,8%	26,0%
Bayern	14,0%	17,6%	23,9%	56,5%	27,4%
Hessen	13,6%	9,0%	10,1%	56,8%	27,4%
Nordrhein-Westfalen	10,7%	26,7%	21,7%	63,7%	18,9%
Übriges Westdeutschland	12,1%	31,1%	25,3%	60,6%	22,2%

Quelle: 1993, ZEW-Berechnungen. Ausgewiesene Gini-Koeffizienten beziehen sich auf das Bruttogesamtvermögen.

Abbildung 4: Gini-Koeffizienten 2003 für Netto- und Bruttogesamtvermögen im Vergleich



Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

5 Vermögen privater Haushalte nach sozialer Stellung und Alter

Zwischen Haushalten unterschiedlicher sozialer Stellung finden sich üblicherweise beträchtliche Vermögensunterschiede: Die höchsten Durchschnittsvermögen weisen im Allgemeinen selbstständige Landwirte und Selbstständige auf. Am unteren Ende der Vermögensverteilung finden sich zumeist Arbeitslose und Studierende. Diese Vermutung wird anhand der EVS-Daten weitgehend bestätigt. Selbstständige Landwirte und Selbstständige im Westen besitzen 2003 mit rund 380.000 Euro das höchste durchschnittliche Bruttogesamtvermögen. Arbeitslose und Studenten haben im gleichen Jahr ein durchschnittliches Bruttogesamtvermögen von weniger als 15.000 Euro (vgl. Tabelle 19 und Tabelle 20). Eine Auswertung auf Basis der Mediane kommt zu ähnlichen Ergebnissen. In den meisten Fällen liegt der Median links vom Mittelwert, was auf eine linkssteile Verteilung des Vermögens hindeutet (vgl. Tabelle 32 und Tabelle 33 im Anhang).

Interessant ist es, zu untersuchen, ob sich die zuvor dargestellten Vermögensunterschiede zwischen Baden-Württemberg und Bayern und den restlichen westlichen Bundesländern auch identifizieren lassen, wenn Haushalte vergleichbarer sozialer Stellung betrachtet werden.

Tabelle 19: Durchschnittliches Brutto- und Nettogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für West-, Ost- und Gesamtdeutschland 2003 (in Euro)

Sozialer Stellung	DE	West	Ost	DE	West	Ost
	Bruttogesamtvermögen			Nettogesamtvermögen		
Selbstständige(r) Landwirt(in)	384.227	390.520	293.596	360.442	366.870	267.856
Gewerbetreibende(r) / freib. Tätigkeit	335.281	370.677	170.706	254.072	284.314	113.460
Beamter / Beamtin	218.121	235.591	121.717	169.311	185.773	78.474
Angestellter	161.760	174.579	107.562	125.262	136.048	79.661
Arbeiter	130.733	144.994	78.186	99.765	110.679	59.548
Arbeitslose	52.797	62.322	38.723	42.895	50.808	31.202
Rentner	126.729	153.921	48.842	120.913	146.793	46.787
Pensionär	272.483	272.622	266.053	256.386	257.237	217.208
Student	13.745	14.887	5.077	12.925	13.981	4.907
Sonstige Nichterwerbstätige	94.845	98.661	77.518	86.908	90.090	72.460

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 20. Durchschnittliches Brutto- und Nettogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für West-, Ost- und Gesamtdeutschland 1993 (in Euro)

Sozialer Stellung	DE	West	Ost	DE	West	Ost
	Bruttogesamtvermögen			Nettogesamtvermögen		
Selbstständige(r) Landwirt(in)	331.188	340.996	114.986	313.135	322.531	106.009
Gewerbetreibende(r) / freib. Tätigkeit	299.738	337.144	114.524	251.417	281.270	103.601
Beamter / Beamtin	185.292	193.837	85.591	154.070	161.218	70.676
Angestellter	137.791	158.665	57.477	112.019	128.163	49.906
Arbeiter	100.873	116.263	48.220	87.393	100.497	42.561
Arbeitslose	57.742	78.831	28.637	52.118	70.846	26.271
Rentner	102.185	120.965	34.324	99.411	117.667	33.448
Pensionär	196.606	201.201	107.136	186.382	190.703	102.254
Student	17.472	19.767	11.571	16.685	18.802	11.243
Sonstige Nichterwerbstätige	76.855	95.841	42.883	73.027	90.897	41.051

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen.

Nach den Ergebnissen der EVS ist dies der Fall: Bis auf eine Ausnahme sind die Haushaltsbruttovermögen in Bayern und Baden-Württemberg über alle sozialen Schichten absolut größer als in Hessen, Nordrhein-Westfalen und dem restlichen Westdeutschland.

Die folgenden Angaben beziehen sich auf den Mittelwerte und Medianwerte der Bruttogesamtvermögen: Letztere werden im Gegensatz zum Mittelwert nicht durch Extremwerte verzerrt. Median-Nettogesamtvermögen und durchschnittliches Nettogesamtvermögen der einzelnen sozialen Schichten stehen in vergleichbarer Relation und sind im Anhang (Tabelle 36 bis Tabelle 39) ausgewiesen.

Selbstständige und Landwirte besitzen auch auf der Ebene der ausgewählten Bundesländer im Querschnitt der sozialen Schichten das höchste Bruttogesamtvermögen. In Baden-Württemberg sind Selbstständige und vor allem selbstständige Landwirte deutlich wohlhabender als die gleiche soziale Schicht in Bayern (Unterschied 2003: rund 135 Tsd. Euro bei den Landwirten und 25 Tsd. bei den Selbstständigen). Der Vermögensunterschied zu den gleichen Schichten in anderen ausgewählten Bundesländern ist sogar noch größer. Beamte sind in Baden-Württemberg dagegen im Mittel etwas weniger wohlhabend als in Bayern, haben aber ebenfalls im Median und auch im Durchschnitt deutlich höhere Vermögen als in den anderen betrachteten Bundesländern.

Für Angestellte lassen sich in Bayern und Baden-Württemberg nahezu identische Mittelwerte feststellen, der Median-Angestelltenhaushalt in Baden-Württemberg ist demgegenüber etwas wohlhabender als in Bayern. Umgekehrte Relationen weisen die Zahlen für die Arbeiter aus: Hier deuten sowohl Median als auch Mittelwert auf etwas höhere Vermögen der baden-württembergischen Arbeiterhaushalte hin. Beide Kennzahlen zeigen darüber hinaus einen erheblichen Abstand der übrigen betrachteten Bundesländer auch für die Arbeiterhaushalte.

Die Bruttogesamtvermögen arbeitsloser Haushaltsvorstände weisen eine sehr schiefe Verteilung auf, die Durchschnittswerte sind erheblich höher als die Medianwerte. Auch hier zeigen sich im Durchschnitt und im Median höhere Vermögen in Baden-Württemberg und Bayern als in Hessen, NRW und den übrigen westlichen Bundesländern.

Rentner sind in Baden-Württemberg wohlhabender als die in Bayern, der. Für die Pensionäre liefern Median und Mittelwert unterschiedliche Relationen: Während baden-württembergische Pensionäre im Durchschnitt etwas geringere Vermögen haben als bayerische, ist das Vermögen des Medianhaushalts etwas höher.

Studenten zählen in Baden-Württemberg und Bayern wie in den anderen Bundesländern zu den ärmsten sozialen Schichten. Die Medianwerte zeigen hier die für die anderen sozialen Schichten beobachteten Relationen zwischen den Bundesländern, die durch einzelne höhere Werte verzerrten Mittelwerte geben hier ein eher untypisches Bild.

Tabelle 21: Durchschnittliches Bruttogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für ausgewählte Bundesländer 2003 (in Euro)

Soziale Stellung	BW	BY	HE	NW	übrige West
Selbstständige(r) Landwirt(in)	456.494	421.298	396.349	330.654	345.302
Gewerbetreibende(r) / freib. Tätigkeit	430.934	403.052	527.322	280.624	306.714
Beamter / Beamtin	249.224	287.902	251.038	214.900	199.679
Angestellter	220.590	220.161	192.433	142.992	146.097
Arbeiter	181.586	195.639	157.661	109.202	113.523
Arbeitslose	106.800	92.396	82.703	49.695	48.773
Rentner	199.482	192.425	185.672	124.150	110.795
Pensionär	311.552	336.984	292.043	218.902	272.439
Student	10.970	12.483	12.102	12.178	22.388
Sonstige Nichterwerbstätige	139.125	177.602	59.685	102.669	72.311

Quelle, EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 22: Durchschnittliches Bruttogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für ausgewählte Bundesländer 1993 (in Euro)

Soziale Stellung	BW	BY	HE	NW	übrige West
Selbstständige(r) Landwirt(in)	372.229	390.842	302.053	264.799	314.831
Gewerbetreibende(r) / freib. Tätigkeit	343.476	414.374	358.475	341.398	239.158
Beamter / Beamtin	225.482	249.819	226.855	163.377	158.186
Angestellter	185.042	212.326	172.121	131.698	124.068
Arbeiter	144.499	161.179	131.128	82.031	94.113
Arbeitslose	99.238	161.300*	69.728	44.432	50.021
Rentner	163.725	139.920	139.431	96.075	100.763
Pensionär	254.197	270.382	191.539	161.233	178.586
Student	26.257	29.155	13.651	17.193	20.356
Sonstige Nichterwerbstätige	139.976	143.656	110.212	60.179	85.847

Quelle, EVS 2003, ZEW-Berechnungen. * kein Fehler, nur 129 Beobachtungen.

Tabelle 23: Median-Bruttogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für ausgewählte Bundesländer 2003 (in Euro)

Soziale Stellung	BW	BY	HE	NW	übrige West
Selbstständige(r) Landwirt(in)	443.811	308.273	286.634	185.028	231.218
Gewerbtreibende(r) / freib. Tätigkeit	324.270	298.984	244.910	174.264	220.034
Beamter / Beamtin	210.420	247.022	194.280	175.450	172.593
Angestellter	164.713	150.915	112.040	51.430	60.623
Arbeiter	163.794	174.006	147.635	40.536	83.067
Arbeitslose	5.783	6.093	4.330	1.000	1.600
Rentner	127.370	84.687	124.409	44.012	40.321
Pensionär	279.669	270.560	228.160	169.580	176.171
Student	3.338	4.103	1.478	2.255	1.585
Sonstige Nichterwerbstätige	18.304	10.250	2.612	300	1.622

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 24: Median-Bruttogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für ausgewählte Bundesländer 1993 (in Euro)

Sozialer Stellung	BW	BY	HE	NW	übrige West
Selbstständige(r) Landwirt(in)	356.622	302.755	245.253	199.985	275.992
Gewerbtreibende(r) / freib. Tätigkeit	299.781	309.455	279.251	260.726	177.954
Beamter / Beamtin	218.623	226.316	197.169	158.180	149.980
Angestellter	149.455	163.949	126.890	59.812	54.002
Arbeiter	104.134	146.049	97.332	26.079	38.937
Arbeitslose	12.591	115.041*	6.771	2.556	4.029
Rentner	129.868	79.414	102.654	29.309	49.838
Pensionär	225.321	213.464	169.334	121.023	162.335
Student	5.113	5.895	5.919	3.791	4.702
Sonstige Nichterwerbstätige	46.262	19.428	5.087	10.018	10.737

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen. * kein Fehler, nur 129 Beobachtungen.

Tabelle 25: Bruttogesamtvermögen (Median) von Haushalten in Baden-Württemberg in Relation zu Bruttogesamtvermögen in anderen Bundesländer für 2003

Sozialer Stellung	BW	BY	HE	NW	übrige West
Selbstständige(r) Landwirt(in)	-	69%	65%	42%	52%
Gewerbetreibende(r) / freib. Tätigkeit	-	92%	76%	54%	68%
Beamter / Beamtin	-	117%	92%	83%	82%
Angestellter	-	92%	68%	31%	37%
Arbeiter	-	106%	90%	25%	51%
Arbeitslose	-	105%	75%	17%	28%
Rentner	-	66%	98%	35%	32%
Pensionär	-	97%	82%	61%	63%
Student	-	123%	44%	68%	47%
Sonstige Nichterwerbstätige	-	56%	14%	2%	9%

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 26: Bruttogesamtvermögen (Median) von Haushalten in Baden-Württemberg in Relation zu Bruttogesamtvermögen in anderen Bundesländer für 1993

Sozialer Stellung	BW	BY	HE	NW	übrige West
Selbstständige(r) Landwirt(in)	-	85%	69%	56%	77%
Gewerbetreibende(r) / freib. Tätigkeit	-	103%	93%	87%	59%
Beamter / Beamtin	-	104%	90%	72%	69%
Angestellter	-	110%	85%	40%	36%
Arbeiter	-	140%	93%	25%	37%
Arbeitslose	-	914%*	54%	20%	32%
Rentner	-	61%	79%	23%	38%
Pensionär	-	95%	75%	54%	72%
Student	-	115%	116%	74%	92%
Sonstige Nichterwerbstätige	-	42%	11%	22%	23%

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen. * verzerrt, da nur 129 Beobachtungen vorliegen.

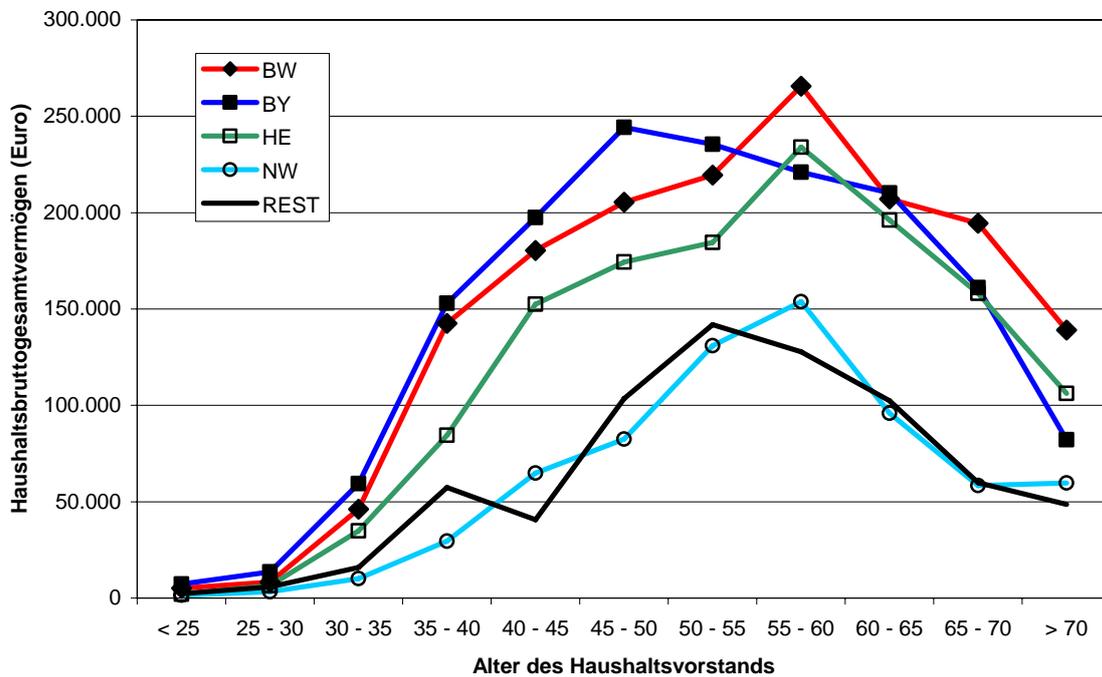
Im Vergleich zum Bruttogesamtvermögen sind die Nettogesamtvermögen wohlhabender sozialer Schichten innerhalb des Bundeslandes relativ kleiner als die der ärmeren Schichten, vor allem weil Selbstständige bzw. Angestellte höhere Restschulden aus Immobilienkrediten aufweisen als Arbeitslose oder Nicht-Erwerbstätige. Insgesamt bleibt die Vermögensrelation der Haushalte zwischen den Bundesländern bestehen.

Da das Vermögen üblicherweise im Lebenszyklus anwächst, variiert es nicht nur mit der sozialen Stellung und dem Bundesland, sondern ebenfalls mit dem Alter des Haushaltsvorstands. Auch hier zeigen sich die zuvor beobachteten systematischen Unterschiede zwischen den Bundesländern: Auf jeder Altersstufe sind die Vermögen in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen deutlich größer als in Nordrhein-Westfalen und den übrigen westlichen Bundesländern, siehe Abbildung 5 und Abbildung 6. Allerdings zeigen sich Abweichungen im Zeitvergleich im Hinblick auf den Unterschied zwischen Bayern und Baden-Württemberg. Der oben auf der Basis von Durchschnittswerten über alle Altersklassen diagnostizierte Rückgang des Vermögensunterschieds zwischen Bayern und Baden-Württemberg ist nicht in jeder Altersklasse zu beobachten. Nur bei Haushalten bis 55 kann ein Rückgang des Vermögensunterschieds zwischen 1993 und 2003 festgestellt werden. 2003 ist in älteren Haushalten (ab 55) auch ein gewisser systematischer Unterschied des Bruttogesamtvermögens festzustellen. In beiden EVS-Wellen ist das Bruttogesamtvermögen der älteren Haushalte in Baden-Württemberg durchgehend, bis auf eine Ausnahme, größer als bei Haushalten gleicher Altersstufe in anderen westdeutschen Bundesländern. Damit zeigt sich, dass die älteren Haushalte in Baden-Württemberg im späteren Lebenszyklus systematisch mehr Bruttogesamtvermögen besitzen als sonstige Haushalte gleicher Altersstufe anderswo in Deutschland. Die gleichen Ergebnisse lassen sich auch auf der Ebene des Nettogesamtvermögens feststellen (vgl. Abbildung 10 und Abbildung 11 im Anhang).

Zusammenfassend verdeutlichen die Analysen, dass sich die Unterschiede zwischen den Bundesländern auch dann finden lassen, wenn man bestimmte Haushaltsmerkmale (die soziale Stellung oder das Alter des Haushaltsvorstands) variiert. Zudem zeigen die Ergebnisse, dass die Haushaltsbruttovermögen in den wohlhabenderen Bundesländern, insbesondere in Baden-Württemberg, größer und gleichzeitig homogener verteilt sind als in den weniger wohlhabenderen Bundesländern. Die kleinsten und am ungleichmäßigsten verteilten Bruttovermögen sind außerhalb Baden-Württembergs, Bayerns und Hessens zu finden. Betrachtet man die Medianwerte, so besitzen in Baden-Württemberg fünf von zehn untersuchten sozialen Gruppen das im Vergleich dieser Gruppen jeweils höchste Bruttogesamtvermögen in Deutschland. Die anderen sozialen Gruppen in Baden-Württemberg werden nur von bayerischen Haushalten übertroffen.

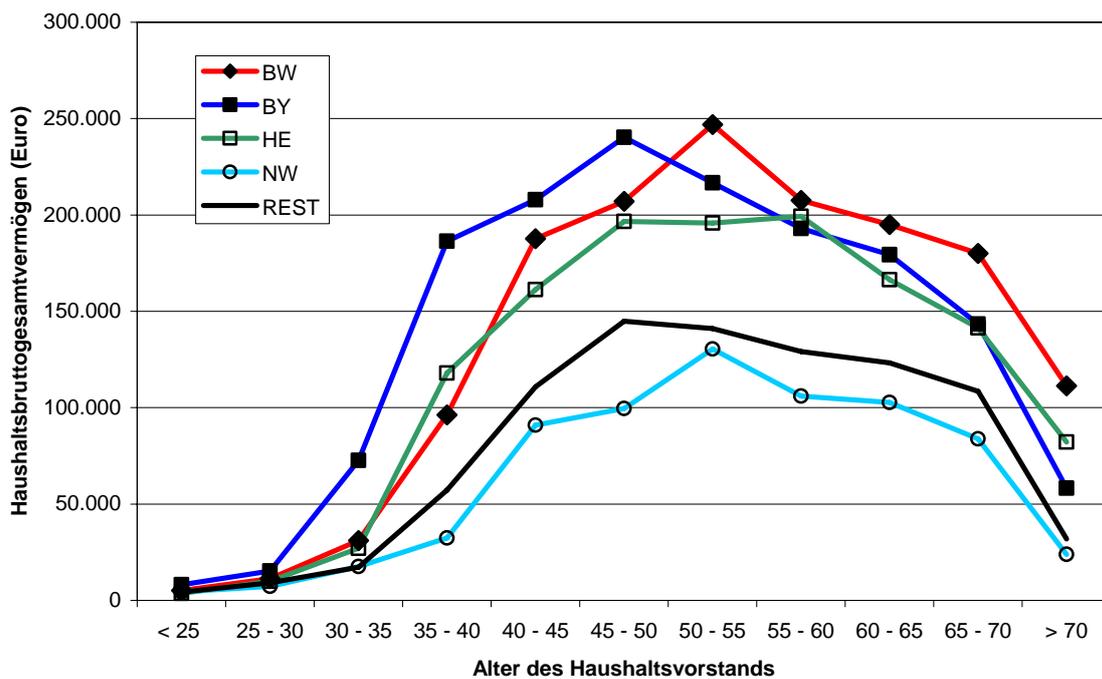
Des Weiteren konnte festgestellt werden, dass die älteren Haushalte (unabhängig von der sozialen Stellung) in Baden-Württemberg ebenfalls fast ausschließlich mehr Bruttogesamtvermögen besitzen als vergleichbare Haushalte in anderen Bundesländern. Die auf der Vermögensseite festgestellte relative Verbesserung baden-württembergischer Haushalte gegenüber den Haushalten in Bayern ist hauptsächlich auf die Verbesserung der jüngeren Haushalte (bis 55) zurückzuführen.

Abbildung 5: Median-Haushaltsbruttogesamtvermögen 2003 in Abhängigkeit des Alters – nach ausgewählten Bundesländern –



Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen. Dargestellt sind die Mediane der Bruttovermögen.

Abbildung 6: Median-Haushaltsbruttogesamtvermögen 1993 in Abhängigkeit des Alters – nach ausgewählten Bundesländern –



Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen. Dargestellt sind die Mediane der Bruttovermögen.

6 Regressionsanalysen

Im Folgenden werden Ersparnis und Vermögensausstattung (Nettogesamtvermögen) der Haushalte in multivariaten Modellen zu erklären versucht. Als Schätzmethode werden OLS-Querschnittsregressionen verwendet. Die Ersparnis S_i eines Haushalts wird definiert als Differenz zwischen ausgabefähigem Einkommen und privatem Verbrauch inkl. sonstiger Ausgaben (Ersparnis = ausgabefähiges Einkommen – privater Verbrauch – sonstige Ausgaben). Während diese Größe für die EVS 1993 berechnet werden muss, ist die Ersparnis in der EVS 2003 nachrichtlich angegeben. Das Nettogesamtvermögen V_i wird als Summe der einzelnen Assetklassen des Bruttovermögens, bereinigt um sämtliche Schulden, definiert. Es wird angenommen, dass die Annahmen des linearen Regressionsmodells erfüllt sind und folgender Zusammenhang in beiden EVS-Wellen dargestellt werden kann:⁹

$$\ln(S_i) = \beta_0 + \beta_1 \ln(HENK_i) + \beta_2 \ln(Anzahl_i) + \sum_{j=1}^p \beta_{j+2} D_{j,i} + u_i$$

$$\ln(V_i) = \alpha_0 + \alpha_1 \ln(HENK_i) + \alpha_2 \ln(Anzahl_i) + \sum_{j=1}^p \alpha_{j+2} D_{j,i} + v_i$$

$HENK_i$ stellt das ausgabefähige Haushaltseinkommen dar, $Anzahl_i$ die Haushaltsgröße und $D_{j,i}$ mit $j = 1, \dots, p$ soziodemographische Indikatoren bzw. regionsspezifische Dummyvariablen. u_i und v_i sind zwei unabhängige, normalverteilte Störterme mit Erwartungswert Null und Varianz σ_u^2 bzw. σ_v^2 , welche auch etwaige unbeobachtbare Variablen enthalten.¹⁰ Die einzelnen Dummyvariablen sind in den Tabellen zu den Regressionsergebnissen zu finden.

Über die Ausprägung der Koeffizienten können folgende Erwartungen formuliert werden:

- β_1 und α_1 sollten positiv und signifikant von Null verschieden sein, da eine Erhöhung des ausgabefähigen Haushaltseinkommens in der Regel zum Anstieg der Ersparnis bzw. des Vermögens führt.

⁹ Diese Annahme ist hier nicht ganz unkritisch. Neben anderen Kritikpunkten ist hier die Ersparnis keine Ziehung aus einer normalverteilten Grundgesamtheit, da diese, ihrer Definition nach, nicht größer als das ausgabefähige Einkommen des Haushalts sein kann. Bei graphischer Betrachtung der Daten wird diese Einschränkung deutlich sichtbar.

¹⁰ Eine graphische Untersuchung der Ersparnis und des ausgabefähigen Einkommens deutet auf einen nicht homoskedastischen Störterm hin, für diese Beobachtung wird allerdings auf eine Korrektur verzichtet.

- Für β_2 und α_2 wird ein negatives Vorzeichen erwartet, da eine Zunahme der Haushaltsgröße zur Erhöhung der Ausgaben führt und damit, bei konstantem Einkommen, die Ersparnis und folglich auch das gebildete Vermögen reduziert werden.

Als Referenzhaushalte werden bei der Modellierung von $\ln(S_i)$ (logarithmierte Ersparnis) folgende Haushalte definiert:¹¹

- Wohnsitz in Westdeutschland und außerhalb von Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen
- kein Immobilienbesitzer.

Bei der Modellierung von $\ln(V_i)$ (logarithmiertes Nettogesamtvermögen) werden die gleichen Referenzhaushalte herangezogen, allerdings mit folgenden Zusätzen:

- Alter zwischen 18 und 25 Jahren
- Wohnsitz in einer Gemeinde mit mehr als 500 Tsd. Einwohnern.

Da hier ein Log-Log Modell benutzt wird, sind die Koeffizienten $\beta_1, \beta_2, \alpha_1$, und α_2 als Elastizitäten der Ersparnis bzw. des Nettogesamtvermögens in Abhängigkeit des Haushaltseinkommens bzw. der Haushaltsgröße zu interpretieren.

Die hier präsentierten Determinanten stellen nicht unbedingt alle, aber wesentliche Einflussgrößen der Sparhöhe dar. Unbeobachtbare Variablen, wie Risikoaversion, persönliche wirtschaftliche Erwartungen und Stabilität des Haushalts beeinflussen die Sparneigung darüber hinaus ebenfalls.

6.1 Regressionsergebnisse zur Erklärung der Sparhöhe

Die Regressionsergebnisse für die abhängige Variable „logarithmierte Ersparnis“ sind in der Tabelle 27 und Tabelle 28 dargestellt. Der geschätzte Koeffizient β_l (in den Tabellen als $\ln(HENK)$ bezeichnet) ist in allen durchgeführten Regressionen positiv und signifikant von Null verschieden. Interessant ist seine Höhe: In beiden Erhebungen liegt diese deutlich über eins. Danach steigt die Ersparnis bei einer Erhöhung des Haushaltseinkommens überproportional stark an: Bei einer 1%-gen Erhöhung des ausgabenfähigen Haushaltseinkommens und

¹¹ Typisierung bezieht sich auf den Haupteinkommensbezieher des Haushalts.

Konstanz aller anderen Faktoren steigt die Ersparnis der Haushalte in Westdeutschland um rund 1,6% (1993: 1,5%) an. Der überproportionale Anstieg der Sparhöhe ist statistisch eindeutig, da in beiden Regressionen die Untergrenze des Konfidenzintervalls von β_1 (im Weiteren wird stets vom 95%-Konfidenzintervall ausgegangen) bei 1,56 bzw. 1,46 liegt.

Tabelle 27: Regressionsergebnisse EVS 2003: Abhängige Variable: Ersparnis

Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,59	0,01	115,27	0,00	1,56	1,62
ln(Anzahl)	-0,25	0,01	-18,93	0,00	-0,28	-0,23
BW	0,06	0,02	3,22	0,00	0,02	0,10
BY	0,08	0,02	4,70	0,00	0,05	0,12
HE	-0,05	0,02	-2,09	0,04	-0,09	0,00
NW	-0,08	0,02	-5,10	0,00	-0,11	-0,05
Immobilienbesitzer	0,06	0,01	4,39	0,00	0,04	0,09
Konstante	-7,26	0,12	-61,21	0,00	-7,50	-7,03
Beobachtungen	26.237	F(7, 26229)	2.949	0	R ²	0,44

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 28: Regressionsergebnisse EVS 1993: Abhängige Variable Ersparnis

Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,49	0,02	98,76	0,00	1,46	1,52
ln(Anzahl)	-0,22	0,01	-16,00	0,00	-0,25	-0,19
BW	0,08	0,02	4,06	0,00	0,04	0,12
BY	0,07	0,02	3,44	0,00	0,03	0,10
HE	0,02	0,02	0,78	0,44	-0,03	0,07
NW	-0,03	0,02	-1,84	0,07	-0,06	0,00
Immobilienbesitzer	0,07	0,02	4,83	0,00	0,04	0,11
Konstante	-6,89	0,15	-46,23	0,00	-7,18	-6,60
Beobachtungen	22.169	F(7, 22161)	2.142	0,00	R ²	0,40

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen.

Die Haushaltsgröße übt dagegen einen deutlichen negativen Einfluss auf die Sparhöhe aus. Die Koeffizienten sind negativ (kleiner als -0,2) und signifikant von Null verschieden. Dieses Ergebnis ist ebenfalls eindeutig, da die Obergrenze des Konfidenzintervalls von β_2 (in den Tabellen als *ln(Anzahl)* bezeichnet) bei -0,23 bzw. -0,19 liegt. Insgesamt betrachtet wird der

vermutete Einfluss des ausgabefähigen Haushaltseinkommens und der Haushaltsgröße auf die Ersparnis bestätigt. Empirisch steigt damit die absolute Höhe der Sparhöhe mit Zunahme des ausgabefähigen Haushaltseinkommens an und fällt mit einer Vergrößerung des Haushalts.

Die Berücksichtigung des Faktors „Immobilienbesitz“ weist auch eindeutige Einflüsse auf. Die Dummyvariable „Immobilienbesitzer“ – ist positiv und signifikant von null verschieden, damit liegt eine eindeutige Abhängigkeit der Ersparnis vom Immobilienbesitz vor. Immobilienbesitzer bei Konstanz aller anderen Faktoren sparen signifikant mehr als Referenzhaushalte, die keine Immobilien besitzen.

Die Koeffizienten regionsspezifischer Dummyvariablen (Bayern [BY], Baden-Württemberg [BW], Hessen [HE], Nordrhein-Westfalen [NW]) zeigen für die ausgewählten Bundesländer teilweise signifikante Unterschiede. Haushalte in Baden-Württemberg und Bayern geben signifikant mehr für die Vermögensbildung aus. Die Dummyvariable für Hessen weist 1993 keinen signifikanten Unterschied zu den Referenzhaushalten auf. 2003 sparen hessische Haushalte eindeutig weniger als die Referenzhaushalte in Westdeutschland. In Nordrhein-Westfalen wird in beiden Erhebungswellen signifikant weniger als bei den Referenzhaushalten gespart. Die Sparneigung in den untersuchten Bundesländern fällt damit sehr unterschiedlich aus: Während im Süden eindeutig mehr gespart wird (Konfidenzintervalle beinhalten ausschließlich positive Werte), neigen die Haushalte in Hessen und Nordrhein-Westfalen dazu, weniger für die Vermögensbildung auszugeben.

Andere Einflussfaktoren, wie die Gemeindegröße des Wohnorts oder das Alter des Haushaltsvorstands, zeigen keinen eindeutig signifikanten Einfluss auf die logarithmierte Ersparnis. Die Koeffizienten der Gemeindegrößenklassen waren bei einer Berücksichtigung in der Regressionsgleichung gemeinsam nicht signifikant von Null verschieden. Die Koeffizienten der Altersdummies waren bei einer ausschließlichen Berücksichtigung positiv und hochsignifikant; die gleichzeitige Berücksichtigung anderer Faktoren, wie ausgabefähiges Haushaltseinkommen, Haushaltsgröße oder Immobilienbesitz, führte allerdings zur starken Abnahme und teilweise zur Nicht-Signifikanz dieser Koeffizienten.

Die oben skizzieren Regressionsergebnisse zeigen einige wichtige Einflussgrößen der Ersparnis der Haushalte in Deutschland auf. Zu den wichtigsten Determinanten muss das ausgabefähige Haushaltseinkommen und die Haushaltsgröße sowie das Charakteristikum „Immobilienbesitz“ gezählt werden. Soziodemographische Charakteristika wie Alter und soziale Stellung scheinen durch die drei wichtigsten Determinanten mit abgebildet zu werden. Eine höhere Präferenz für eine langfristige Vermögensbildung kann nur für den Süden Deutschlands nachgewiesen werden. Die höchste Präferenz für das Sparen liegt 1993, den Regressionsergebnissen zufolge, in Baden-Württemberg vor, 2003 deuten die Regressionsergebnisse eher auf noch ein höhere Sparneigung in Bayern hin. Die Unterschiede sind allerdings sehr gering

und bedürfen einer näheren Analyse. Im Weiteren wird daher eine nähere Analyse auf Ebene einzelner sozialer Schichten, abgrenzt durch ihren beruflichen Status, durchgeführt.

6.2 Regressionsergebnisse auf Ebene sozialer Schichten

Um die Analyse zu detaillieren, werden in diesem Kapitel die Regressionsergebnisse für eine eingeschränkte Stichprobe, d.h. für bestimmte soziale Schichten in Westdeutschland, dargestellt. Im Einzelnen, werden. Selbstständige, Arbeiter, Angestellte oder Rentner und Pensionäre in Westdeutschland als Grundgesamtheit herangezogen.

Die zuvor in den einzelnen Bundesländern festgestellten Sparneigungen fallen auf der Ebene einzelner sozialen Schichten sehr unterschiedlich aus. Zwar beeinflusst Haushaltseinkommen und Haushaltsgröße die Sparhöhe der Haushalte auch in einzelnen sozialen Schichten deutlich, ihr Einfluss ist allerdings sehr unterschiedlich. Am stärksten reagiert die Ersparnis auf Änderungen der Haushaltsgröße bzw. des Haushaltseinkommens bei Landwirten und Selbstständigen, am wenigsten dagegen bei Rentnern und Pensionären.

In einzelnen sozialen Schichten ist der Einfluss des Immobilienbesitzes sehr unterschiedlich und teilweise nicht signifikant, bspw. bei Studenten und sonstigen Nichterwerbstätigen. Dies ist auch zu vermuten, da in bestimmten soziale Schichten nur sehr wenige Immobilienbesitzer zu finden sind bzw. bestimmte soziale Schichten kaum Immobilieneigentum bilden.

Der Einfluss regionsspezifischer Dummyvariablen auf die Sparhöhe ist in den einzelnen sozialen Schichten sehr unterschiedlich. Die interessantesten Ergebnisse sind für Rentner und Pensionäre zu beobachten: Rentner und Pensionäre in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen geben tendenziell mehr für Vermögensbildung aus als die Referenzhaushalte. Auffallend ist dabei allerdings das Sparverhalten der Rentner und Pensionäre in Baden-Württemberg: Während der Koeffizient der Dummyvariable „Baden-Württemberg“ in beiden EVS-Wellen für Rentner und Pensionäre positiv und zumindest schwach signifikant ist (Irrtumswahrscheinlichkeit zwischen 1% und 14%), sind die Koeffizienten der Dummyvariablen für Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen betragsmäßig geringer und oft nicht signifikant. Der Koeffizient der für Nordrhein-Westfalen ist sogar teilweise signifikant negativ. Damit zeigen die Regressionsergebnisse, dass baden-württembergische Rentner und Pensionäre gegenüber den Referenzhaushalten signifikant mehr sparen.

Die Regressionsergebnisse für die Stichprobe der Rentner und Pensionäre in der EVS 2003 sind in der Tabelle 29 zusammengefasst, Regressionsergebnisse für das Jahr 1993 und andere soziale Schichten sind im Anhang zu finden.

Tabelle 29: Regressionsergebnisse EVS 2003
Abhängige Variable: Ersparnis der Pensionäre bzw. Rentner

Pensionäre						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,48	0,08	18,14	0,00	1,32	1,64
ln(Anzahl)	-0,18	0,08	-2,12	0,03	-0,35	-0,01
BW	0,19	0,09	1,99	0,05	0,00	0,37
BY	0,13	0,08	1,53	0,13	-0,04	0,29
HE	0,14	0,11	1,36	0,17	-0,06	0,35
NW	-0,06	0,07	-0,92	0,36	-0,20	0,07
Immobilienbesitzer	0,23	0,07	3,15	0,00	0,09	0,37
Konstante	-6,68	0,73	-9,15	0,00	-8,11	-5,25
Beobachtungen	1.537	F(7, 1529)	69	0,00	R ²	0,24
Rentner						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,70	0,04	43,76	0,00	1,62	1,77
ln(Anzahl)	-0,32	0,05	-6,55	0,00	-0,42	-0,22
BW	0,07	0,05	1,50	0,14	-0,02	0,17
BY	-0,03	0,05	-0,53	0,59	-0,12	0,07
HE	0,01	0,06	0,12	0,90	-0,11	0,13
NW	-0,12	0,04	-2,87	0,00	-0,20	-0,04
Immobilienbesitzer	0,01	0,04	0,30	0,77	-0,06	0,08
Konstante	-8,19	0,33	-25,15	0,00	-8,82	-7,55
Beobachtungen	4.671	F(7, 4663)	401	0,00	R ²	0,38

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

Eine erhöhte Sparneigung baden-württembergischer Haushalte im Vergleich zu den Referenzhaushalten ist tendenziell in allen sozialen Gruppen zu beobachten. Die geschätzten Koeffizienten sind aber nicht durchgehend höher als für andere Bundesländer. In fast allen untersuchten sozialen Schichten sind die geschätzten regionalspezifischen Dummy-Koeffizienten für Hessen und Nordrhein-Westfalen kleiner. Bei einer Betrachtung nur von Baden-Württemberg und Bayern ist jedoch festzustellen, dass der Koeffizient für Baden-Württemberg nur für die Rentner signifikant größer ist als der für Bayern.¹² Die sprichwörtli-

¹² Wird nur Baden-Württemberg und Bayern als Grundgesamtheit betrachtet, so sind die Koeffizienten für Baden-Württemberg nur bei Selbstständigen (0,11, Irrtumswahrscheinlichkeit 10%) und bei Rentnern (0,10, Irrtumswahrscheinlichkeit 7%) positiv und auf üblichem Niveau signifikant von null verschieden. Bei anderen sozialen Gruppen sind die Koeffizienten für Baden-Württemberg signifikant negativ oder nicht signifikant von null verschieden.

che höhere Sparsamkeit der Baden-Württemberger kann in diesem eingeschränkten Vergleich damit nur für Rentner nachgewiesen werden, für andere soziale Schichten lassen die Daten die gleiche Aussage nicht zu.

6.3 Regressionsergebnisse zur Erklärung des Nettogesamtvermögens

Die Regressionsergebnisse zur Erklärung des Nettogesamtvermögens der Haushalte sind im Anhang in der Tabelle 40 und Tabelle 41 zusammengefasst. Anders als bei der Stromgröße fallen hier die Regressionsergebnisse weitaus deutlicher aus. Das Nettogesamtvermögen der Haushalte ist im Wesentlichen – von Erbschaften und Schenkungen abgesehen – das Resultat der Ersparnis der Haushalte über ihren bisherigen Lebenszyklus. Wichtige Determinanten der Sparhöhe sollten damit auch wichtige Einflussfaktoren des Nettohaushaltsvermögens darstellen.

Die im Anhang dargestellten Regressionsergebnisse zeigen, dass das ausgabefähige Haushaltseinkommen einen positiven signifikanten Einfluss auf das Nettogesamtvermögen der Haushalte besitzt. Für die EVS Daten aus dem Jahr 2003 und 1993 ist der Koeffizient von $\ln HENK_i$ signifikant positiv (Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner als 1 %). Die Haushaltsgröße hat auf das Gesamtnettovermögen der Haushalte 2003 keinen statistisch signifikanten Einfluss (der Koeffizient ist sehr klein, mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 22%). Für 1993 wird hingegen ein leichter, negativer Einfluss der Haushaltsgröße festgestellt, welcher auch signifikant von Null verschieden ist (Signifikanzniveau kleiner als 1%). Folgt man der absoluten Höhe der Koeffizienten, so ist Immobilienbesitz der wesentliche Bestimmungsfaktor des Nettogesamtvermögens der Haushalte. Die Dummyvariable - Immobilienbesitzer – ist positiv, hochsignifikant von Null verschieden und absolut am größten.

In den Regressionsergebnissen wird deutlich, dass die soziale Stellung des Haushaltsvorstands, wie bereits auch mit den deskriptiven Statistiken gezeigt wurde, das Nettogesamtvermögen des Haushalts erheblich beeinflusst. Selbstständige haben den Ergebnissen nach signifikant mehr Nettovermögen als die Referenzhaushalte, Arbeitslose besitzen im Gegensatz dazu deutlich weniger. Anders als bei den Regressionsergebnissen zur Ersparnis hat das Alter des Haushaltsvorstands einen statistischen Einfluss auf die Vermögenshöhe. Die Vermutung, dass das Bruttogesamtvermögen mit dem Alter steigt, wird bestätigt. Die Koeffizienten der Altersdummies sind fast alle positiv, auf einem Niveau von 1% von Null verschieden und nehmen mit dem Alter absolut zu. Auch die geographische Lage des Haushalts scheint das Nettogesamtvermögen zu bestimmen. Die Dummyvariablen, die sich auf die Gemeindegröße beziehen (5K bis 100-500K), sind in beiden Erhebungswellen größtenteils signifikant von null verschieden. Ihre Höhe ist für die kleinste Gemeindegröße am größten, im Einzelnen nehmen die Koeffizienten mit Verringerung der Gemeindegröße zu und zeigen zugleich höhere Signi-

fikanz auf. Haushalte in den kleinsten Gemeindegrößen (nicht mehr als 5 Tsd. Einwohner) haben somit gegenüber den Referenzhaushalten, bei Konstanz aller anderen Faktoren, höhere Nettogesamtvermögen. Der Einfluss der Gemeindegrößenklasse kann mit verschiedenen Faktoren erklärt werden: Zum einen tendieren wohlhabender Haushalte u.U. in stärkerem Maße dazu, außerhalb der Städte in bevorzugten Wohnlagen kleiner und mittlerer Gemeinden und Städte zu wohnen. Darüber hinaus verfügen Haushalte in kleineren Gemeinden oft in höherem Maße als in größeren Städten über Immobilienbesitz. Dementsprechend können hier auch Verzerrungen eine Rolle spielen: Sofern Haushalte dazu tendieren, den Verkehrswert ihrer Immobilien zu hoch anzusetzen, können die Gesamtvermögen zu hoch eingeschätzt werden, insbesondere wenn aktuelle Vergleichspreise fehlen.

Bemerkenswert ist der Erklärungsgehalt der Dummyvariablen für ausgewählte Bundesländer. Auch nachdem für alle im Vorfeld als wesentlich angenommenen Einflussfaktoren, wie Einkommen, Immobilienbesitz, soziale Stellung, Alter und Gemeindegröße, kontrolliert wurde, besteht immer noch ein Residuum, welches durch die Zugehörigkeit der Haushalte zum bestimmten Bundesland erklärt werden kann. Die Dummyvariablen sind für die ausgewählten Bundesländer nach Berücksichtigung der oben genannten Faktoren positiv und signifikant von null verschieden. Die Koeffizienten der Dummyvariablen für Bayern und Baden-Württemberg sind absolut gesehen am höchsten. In beiden Wellen ist allerdings der Koeffizient der Bayern-Dummy größer als der für Baden-Württemberg.

7 Zusammenfassung

Die Analyse der Vermögen privater Haushalte in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen ausgewählten Bundesländern im Vergleich der Jahre 1993 und 2003 lässt folgende Unterschiede und Einflussfaktoren der Vermögensbildung deutlich werden:

In der ersten allgemeinen Betrachtung kann ein deutliches Süd-Nord- und West-Ost-Gefälle bei den durchschnittlichen Bruttogesamtvermögen der Haushalte in Deutschland festgestellt werden. In Mecklenburg-Vorpommern besitzen Haushalte das durchschnittlich geringste Bruttogesamtvermögen, baden-württembergische und bayerische Haushalte weisen hingegen die größten durchschnittlichen Bruttogesamtvermögen auf. Die Bruttogesamtvermögen der Haushalte im Osten sind seit der Wiedervereinigung sehr stark gewachsen, im Durchschnitt mit einer Wachstumsrate von rund 5,4% p.a. Im westlichen Teil Deutschlands sind die durchschnittlichen Bruttogesamtvermögen der Haushalte von 1993 bis 2003 dagegen nur mit rund 1,7 % pro Jahr gestiegen. Real ist damit das Bruttogesamtvermögen im Westen damit sogar leicht gefallen. Allerdings lassen sich auch im Westen Unterschiede zwischen den Bundesländern feststellen. Haushalte in Baden-Württemberg konnten sich von der im Mittel sehr verhaltenen Entwicklung des Bruttogesamtvermögens der Haushalte im Westen etwas nach oben absetzen. Mit einer nominalen Wachstumsrate von knapp 2,2 % p.a. von 1993 bis 2003 verzeichneten die baden-württembergischen Haushalte die dritthöchste Wachstumsrate des durchschnittlichen Bruttogesamtvermögens unter allen westlichen Bundesländern.

Das Vermögen der Haushalte wird in Baden-Württemberg wie in allen anderen Bundesländern im Wesentlichen durch drei Anlageformen dominiert: Immobilien, Bankguthaben und Versicherungen machen in Baden-Württemberg ca. 91% des gesamten Vermögens aus. Bausparguthaben, Renten und sonstiges Vermögen umfassen rund 5% des Bruttogesamtvermögens eines baden-württembergischen Haushalts. Der Anteil von Aktien am Gesamtbruttovermögen baden-württembergischer Haushalte ist von 1% im Jahr 1993 auf knapp 2% (inkl. Aktienfonds, die 1993 nicht separat ausgewiesen wurden, auf rund 4 %) im Jahr 2003 gestiegen. Bis auf zwei Ausnahmen sind die Besitzquoten baden-württembergischer Haushalte mit den bundesdurchschnittlichen Eigentumsquoten vergleichbar: Die Immobilienbesitzquote und der Anteil der Bausparer liegen in Baden-Württemberg über dem Bundesdurchschnitt.

Eine Analyse des Bruttogesamtvermögens in Abhängigkeit von der sozialen Stellung zeigt, dass Landwirte, Selbstständige, Angestellte, Rentner, Pensionäre und sonstige Nichterwerbstätige in Baden-Württemberg 2003 im Median im Vergleich zu anderen Bundesländern das höchste Bruttogesamtvermögen besitzen. Außerdem kann festgestellt werden, dass ältere Haushalte (ab 55) in Baden-Württemberg durchgängig ein höheres Bruttogesamtvermögen besitzen als Haushalte gleicher Altersstufe in anderen Bundesländern. Obwohl die Haushalte in Baden-Württemberg und Bayern die höchsten Bruttogesamtvermögen Deutschlands auf-

weisen, ist das Bruttogesamtvermögen der Haushalte in Baden-Württemberg gleichmäßiger verteilt als in anderen westlichen Bundesländern.

Eine Untersuchung der Ersparnis und des Nettogesamtvermögens der Haushalte mittels Querschnittsregressionen zeigt einige wichtige Einflussfaktoren auf. Als wichtigste Einflussfaktoren der Ersparnis wurden neben dem Haushaltsnettoeinkommen die Haushaltgröße und der Immobilienbesitz ermittelt. Die Ausgaben für Vermögensbildung nehmen bei einem marginalen Anstieg des Nettoeinkommens und Konstanz aller anderen Einflussgrößen überproportional zu. Bei einer Erhöhung der Haushaltgröße um eine Einheit (eine Person) nimmt die Ersparnis (bei Konstanz aller anderen Faktoren) signifikant ab, allerdings nur unterproportional. Haushalte mit Eigentum an mindestens einer Immobilie sparen deutlich mehr als Haushalte ohne jeglichen Immobilienbesitz.

Nach einer Berücksichtigung des Haushaltsnettoeinkommens, der Haushaltgröße und des Immobilienbesitzes bleiben immer noch landespezifische Unterschiede in der Höhe der Ersparnis bestehen: Haushalte in Baden-Württemberg sparen mehr als die meisten anderen westdeutsche Haushalte. Nur im Vergleich zu bayerischen Haushalten kann für baden-württembergische Haushalte, quer über alle sozialen Schichten, kein höheres Sparverhalten nachgewiesen werden.

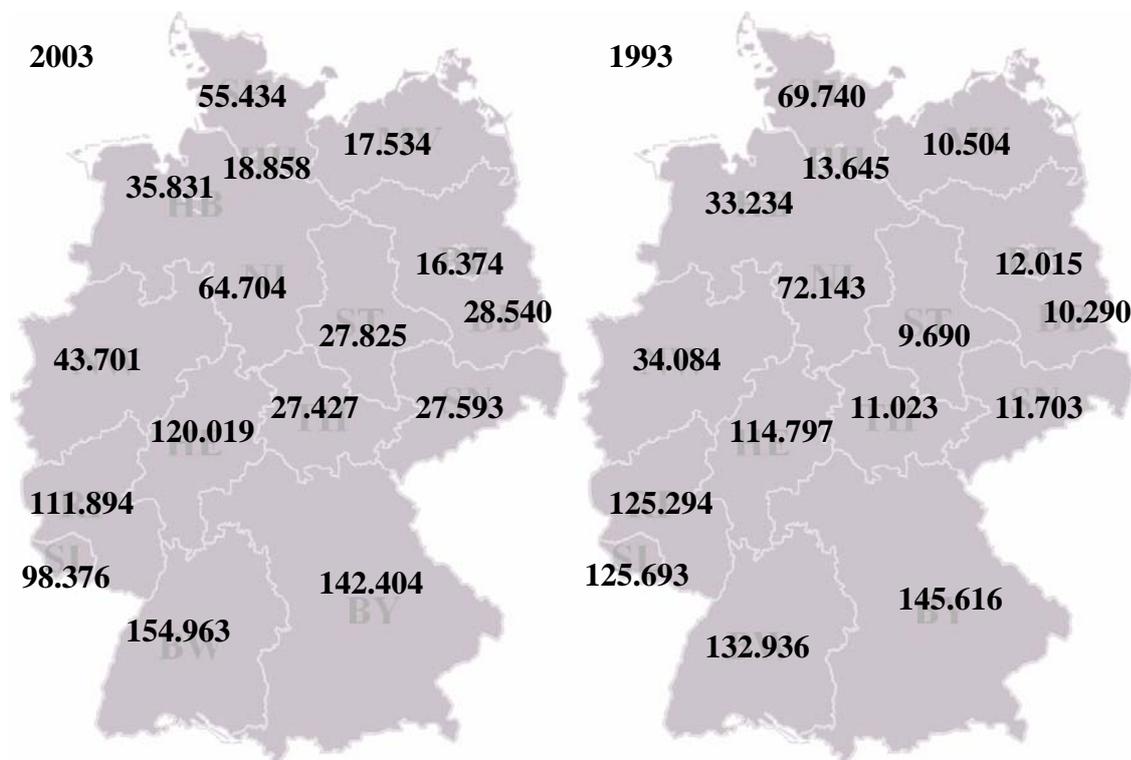
Die Untersuchungen für die Determinanten des Nettogesamtvermögens der Haushalte zeigen ähnliche Ergebnisse, weisen jedoch auf einige Unterschiede auf. Obwohl das ausgabefähige Einkommen und Immobilienbesitz das Nettogesamtvermögen ebenfalls stark positiv beeinflussen, ist nur ein schwacher negativer Einfluss der Haushaltgröße auf das Nettogesamtvermögen feststellbar. Das Alter, die soziale Stellung und die geographischen Lage – sowohl auf der Ebene der Bundesländer als auch auf der Gemeindeebene – des Haushalts haben hingegen einen signifikanten Einfluss auf das Nettogesamtvermögen. Der Einfluss des Alters auf das Nettogesamtvermögen des Haushaltsvorstandes ist durchgehend positiv. Auch die Gemeindegröße besitzt einen Einfluss: In der Untersuchung wird deutlich, dass das Nettogesamtvermögen der Haushalte mit der Abnahme der Gemeindegröße leicht zunimmt, d.h. auf dem Land besitzen die Haushalte tendenziell höhere Vermögen als in einer Großstadt. Dieser Einfluss ist allerdings geringer als der der Bundesländer, denn der Einfluss des jeweiligen Bundeslandes auf das Nettogesamtvermögen ist höher und eindeutig signifikant positiv.

8 Anhang

Tabelle 30: Zusammensetzung des Bruttogesamtvermögens

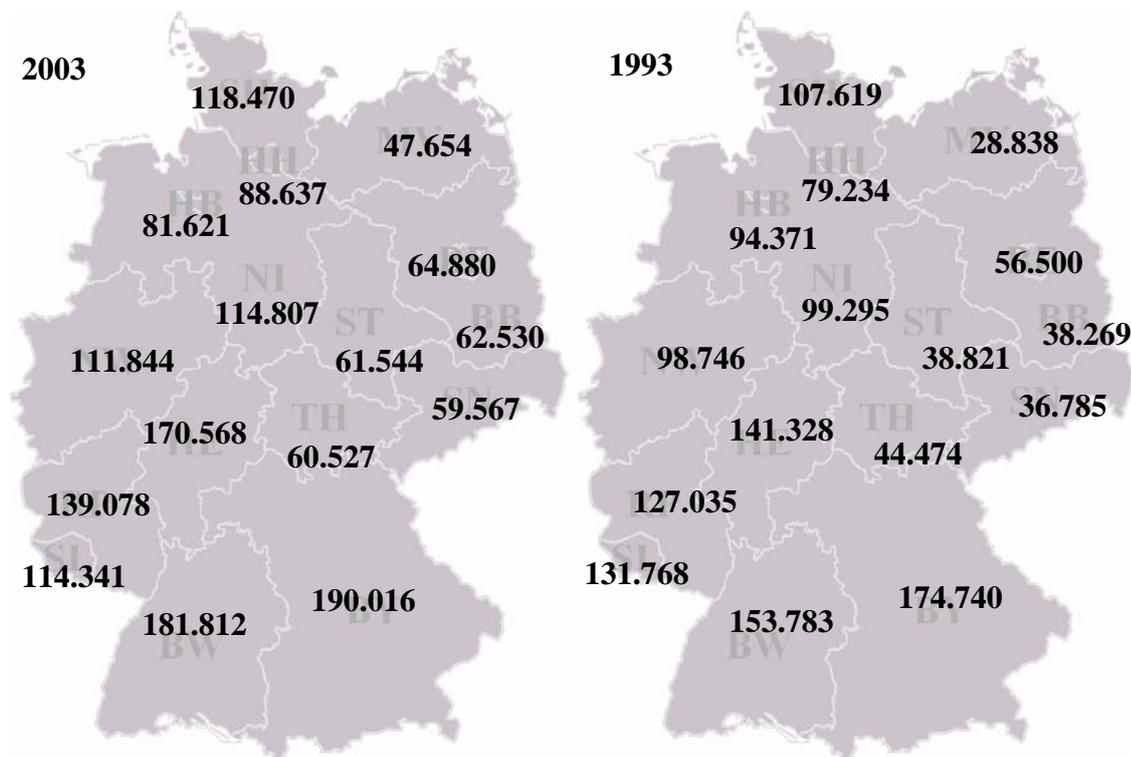
Bestandteile des Bruttogesamtvermögens	Vermögenskategorien in EVS 2003	Vermögenskategorien in EVS 1993
Bankguthaben	Sparguthaben Zinsen auf Sparguthaben Sonstige Guthaben Zinsen auf Sonstige Guthaben	Sparbriefe Summe der Spareinlagen Summe des sonstigen Geldvermögens
Bausparen	Bausparguthaben Prämien Guthabenzinsen auf eingezahlte Beträge	Summe des Bausparguthabens
Aktien	Aktien Aktienfonds	Aktien
Renten	Renten	Pfandbriefe, Kommunalobligationen, sonstige Bankschuldverschreibungen Staatsschuldpapiere Sonstige Wertpapiere
Versicherungen	Lebensversicherungen Private Lebensversicherungen Sterbegeldversicherungen Ausbildungsver sicherungen Aussteuerversicherung	Rückkaufswert von: – Lebensversicherungen – Sterbegeldversicherungen – Ausbildungsver sicherung – Aussteuerversicherung
Sonstiges Vermögen	Sonst. Wertpapiere/Vermögensbeteiligungen Höhe verliehener Beträge	Immobilienfonds Investmentfonds
Bruttoimmobilienvermögen	Verkehrswert der Immobilien	Summe der Verkehrswerte

Abbildung 7: Median-Bruttogesamtvermögen der Haushalte nach Bundesländern (nominale Werte in Euro)



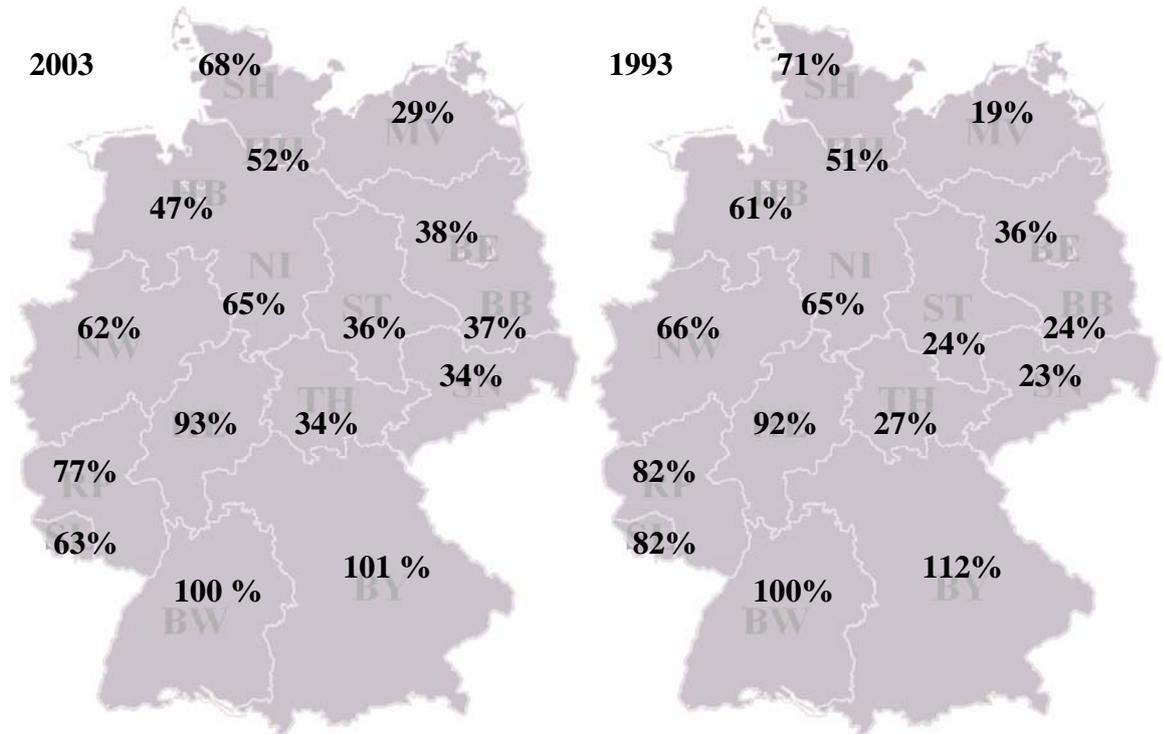
Quelle: EVS 2003, 1993, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 8: Median-Nettogesamtvermögen der Haushalte nach Bundesländern (nominale Werte in Euro)



Quelle: EVS 2003, 1993, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 9: Relatives-Bruttogesamtvermögen der Haushalte nach Bundesländern (Baden-Württemberg = 100 %)



Quelle: EVS 2003, 1993, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 31: Nominale Wachstumsraten des Median-Haushaltsbruttogesamtvermögens (von 1993 bis 2003) nach Bundesländern und dazu gehörende Populationsanteile

Bundesland	Wachstumsrate (p.a.)	Populationsanteile
Schleswig-Holstein	-2,27%	3,47%
Hamburg	3,29%	2,30%
Niedersachsen	-1,08%	9,58%
Bremen	0,76%	0,91%
Nordrhein-Westfalen	2,52%	21,28%
Hessen	0,45%	7,37%
Rheinland-Pfalz	-1,12%	4,81%
Baden-Württemberg	1,55%	12,78%
Bayern	-0,22%	14,75%
Saarland	-2,42%	1,33%
Berlin	3,14%	4,60%
Brandenburg	10,74%	3,11%
Mecklenburg-Vorpommern	5,26%	2,01%
Sachsen	8,96%	5,64%
Sachsen-Anhalt	11,12%	3,14%
Thüringen	9,54%	2,91%
West	0,70%	78,59%
Ost	8,02%	21,41%
Bundesrepublik gesamt	2,26%	100,00%

Quelle : EVS 1993, 2003, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 32: Median-Bruttogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für West-, Ost- und Gesamtdeutschland 2003 (in Euro)

Soziale Stellung	DE	West	Ost	DE	West	Ost
	Bruttogesamtvermögen			Nettogesamtvermögen		
Selbst. Landwirt(in)	275.124	279.060	205.558	265.079	268.720	174.575
Selbst.Gewerbetreibende(r) / freib. Tätigkeit	212.487	235.338	153.571	128.310	150.467	63.083
Beamter / Beamtin	178.819	199.700	72.699	104.330	129.419	55.264
Angestellter	76.908	96.891	39.908	50.739	57.354	31.067
Arbeiter	80.000	104.700	38.609	49.700	57.002	28.009
Arbeitslose	3.218	1.603	5.295*	2.543	1.026	4.437
Rentner	43.930	72.594	20.200	42.143	67.171	19.864
Pensionär	201.566	202.050	55.771	181.974	183.754	55.771
Student	2.141	2.310	2.042	2.042	2.170	2.042
Sonstige Nichterwerbstätige	1.577	2.023	406	1.000	1.318	70

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen. * kein Fehler, die Verteilung der für die Arbeitslosen im Osten besitzt geringere Varianz und liegt dem Median nach weiter links auf der reellen Achse als die Verteilung für die Arbeitslosen im Westen.

Tabelle 33: Median-Bruttogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für West-, Ost- und Gesamtdeutschland 1993 (in Euro)

Soziale Stellung	DE	West	Ost	DE	West	Ost
	Bruttogesamtvermögen			Nettogesamtvermögen		
Selbst. Landwirt(in)	265.330	275.992	102.088	251.460	263.394	57.637
Gewerbtreibende(r) / freib. Tätigkeit	215.518	260.726	48.029	175.816	207.408	39.005
Beamter / Beamtin	168.422	178.803	20.452	120.512	129.560	17.926
Angestellter	57.602	109.081	16.901	45.896	69.401	15.467
Arbeiter	32.346	59.391	12.327	28.736	44.910	11.466
Arbeitslose	6.501	7.249	6.391	5.346	5.460	5.305
Rentner	30.841	65.164	8.720	30.524	62.765	8.602
Pensionär	166.477	170.005	24.261	157.734	161.882	24.261
Student	3.712	4.666	2.994	3.579	4.499	2.785
Sonstige Nichterwerbstätige	14.248	13.118	15.518	13.850	12.782	15.107

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 34: Durchschnittliches Bruttogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für ausgewählte Bundesländer 2003 (in Euro)

Soziale Stellung	BW	BY	HE	NW	übrige West
Selbst. Landwirt(in)	456.494	421.298	396.349	330.654	345.302
Gewerbtreibende(r) / freib. Tätigkeit	430.934	403.052	527.322	280.624	306.714
Beamter / Beamtin	249.224	287.902	251.038	214.900	199.679
Angestellter	220.590	220.161	192.433	142.992	146.097
Arbeiter	181.586	195.639	157.661	109.202	113.523
Arbeitslose	106.800	92.396	82.703	49.695	48.773
Rentner	199.482	192.425	185.672	124.150	110.795
Pensionär	311.552	336.984	292.043	218.902	272.439
Student	10.970	12.483	12.102	12.178	22.388
Sonstige Nichterwerbstätige	139.125	177.602	59.685	102.669	72.311

Quelle, EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 35: Durchschnittliches Bruttogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für ausgewählte Bundesländer 1993 (in Euro)

Soziale Stellung	BW	BY	HE	NW	übrige West
Selbst. Landwirt(in)	372.229	390.842	302.053	264.799	314.831
Gewerbtreibende(r) / freib. Tätigkeit	343.476	414.374	358.475	341.398	239.158
Beamter / Beamtin	225.482	249.819	226.855	163.377	158.186
Angestellter	185.042	212.326	172.121	131.698	124.068
Arbeiter	144.499	161.179	131.128	82.031	94.113
Arbeitslose	99.238	161.300*	69.728	44.432	50.021
Rentner	163.725	139.920	139.431	96.075	100.763
Pensionär	254.197	270.382	191.539	161.233	178.586
Student	26.257	29.155	13.651	17.193	20.356
Sonstige Nichterwerbstätige	139.976	143.656	110.212	60.179	85.847

Quelle, EVS 2003, ZEW-Berechnungen. * kein Fehler, nur 129 Beobachtungen.

Tabelle 36: Durchschnittliches Nettogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für ausgewählte Bundesländer 2003 (in Euro)

Sozialer Stellung	BW	BY	HE	NW	übrige West
Selbst. Landwirt(in)	427.983	403.996	335.953	320.556	321.045
Gewerbetreibende(r) / freib. Tätigkeit	333.075	321.192	441.530	209.789	204.073
Beamter / Beamtin	198.450	243.690	206.636	163.114	150.616
Angestellter	172.752	179.578	147.546	109.286	111.375
Arbeiter	136.954	162.298	122.815	80.527	81.378
Arbeitslose	90.574	77.869	69.373	39.390	38.727
Rentner	192.667	183.240	179.085	117.320	105.151
Pensionär	295.236	316.541	280.236	203.929	256.602
Student	8.524	12.032	11.904	11.704	21.044
Sonstige Nichterwerbstätige	124.268	170.756	53.772	93.844	65.272

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 37: Durchschnittliches Nettogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für ausgewählte Bundesländer 1993 (in Euro)

Sozialer Stellung	BW	BY	HE	NW	übrige West
Selbst. Landwirt(in)	336.927	368.046	284.772	257.153	303.615
Gewerbetreibende(r) / freib. Tätigkeit	285.955	348.804	297.323	275.362	206.095
Beamter / Beamtin	187.665	214.100	194.630	131.130	129.760
Angestellter	148.069	178.468	136.129	104.187	100.257
Arbeiter	125.524	144.600	118.111	68.099	78.930
Arbeitslose	85.504	148.247	65.149	39.631	44.201
Rentner	159.465	136.889	136.145	92.598	98.184
Pensionär	238.619	254.836	183.536	154.059	169.204
Student	25.213	28.027	13.043	16.235	19.474
Sonstige Nichterwerbstätige	134.436	131.811	104.964	57.061	82.326

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 38: Median- Nettogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für ausgewählte Bundesländer 2003 (in Euro)

Sozialer Stellung	BW	BY	HE	NW	übrige West
Selbst. Landwirt(in)	366.192	299.450	286.634	182.115	222.940
Gewerbetreibende(r) / freib. Tätigkeit	206.100	201.262	153.211	121.120	77.496
Beamter / Beamtin	157.192	184.108	132.740	102.897	96.850
Angestellter	104.159	99.104	63.970	39.000	36.110
Arbeiter	97.591	107.957	65.965	29.385	43.404
Arbeitslose	5.610	5.052	3.330	600	1.075
Rentner	120.138	78.450	118.295	42.451	37.980
Pensionär	260.510	241.108	197.961	151.432	162.379
Student	3.338	4.103	1.478	2.135	1.520
Sonstige Nichterwerbstätige	18.304	9.545	2.612	138	985

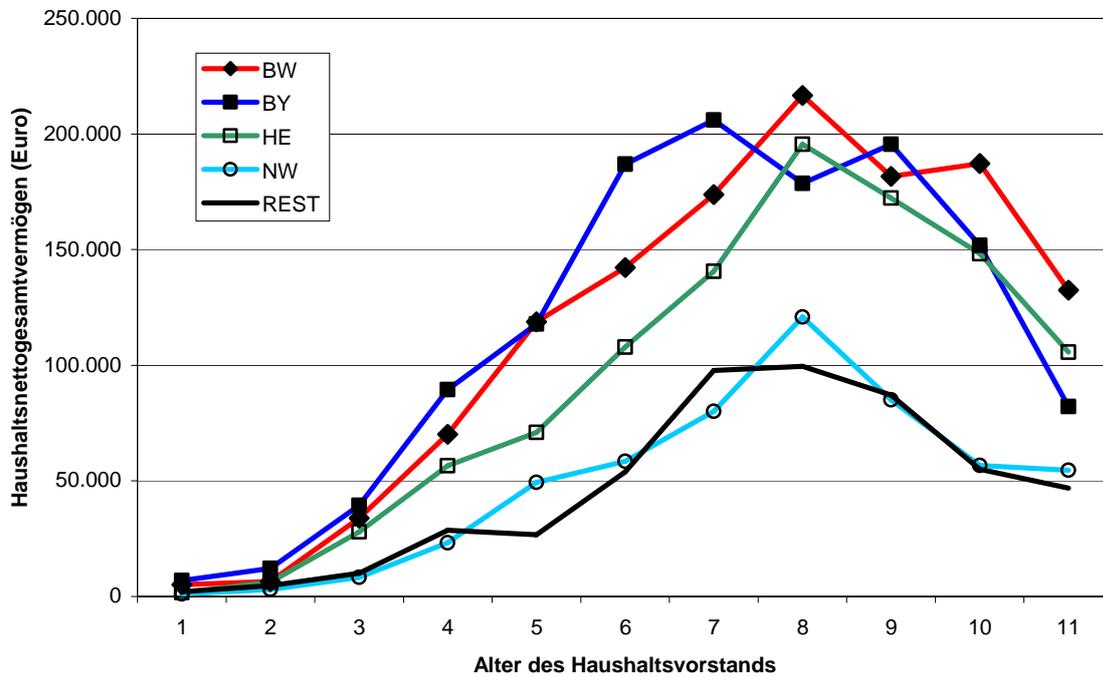
Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 39: Median- Nettogesamtvermögen der Haushalte in Abhängigkeit sozialer Stellung für ausgewählte Bundesländer 1993 (in Euro)

Sozialer Stellung	BW	BY	HE	NW	übrige West
Selbsts.Landwirt(in)	324.112	288.665	210.274	199.985	269.345
Gewerbtreibende(r) / freib. Tätigkeit	241.020	246.443	228.823	208.363	135.897
Beamter / Beamtin	158.509	190.376	148.612	98.615	100.985
Angestellter	91.829	118.399	83.736	43.366	45.694
Arbeiter	69.111	119.612	77.802	21.872	32.467
Arbeitslose	8.181	115.041	6.501	2.084	3.027
Rentner	124.189	78.059	100.063	29.156	49.003
Pensionär	215.684	209.630	166.353	110.172	151.483
Student	5.113	5.895	5.520	3.732	4.499
Sonstige Nichterwerbstätige	44.157	19.428	5.087	10.018	10.737

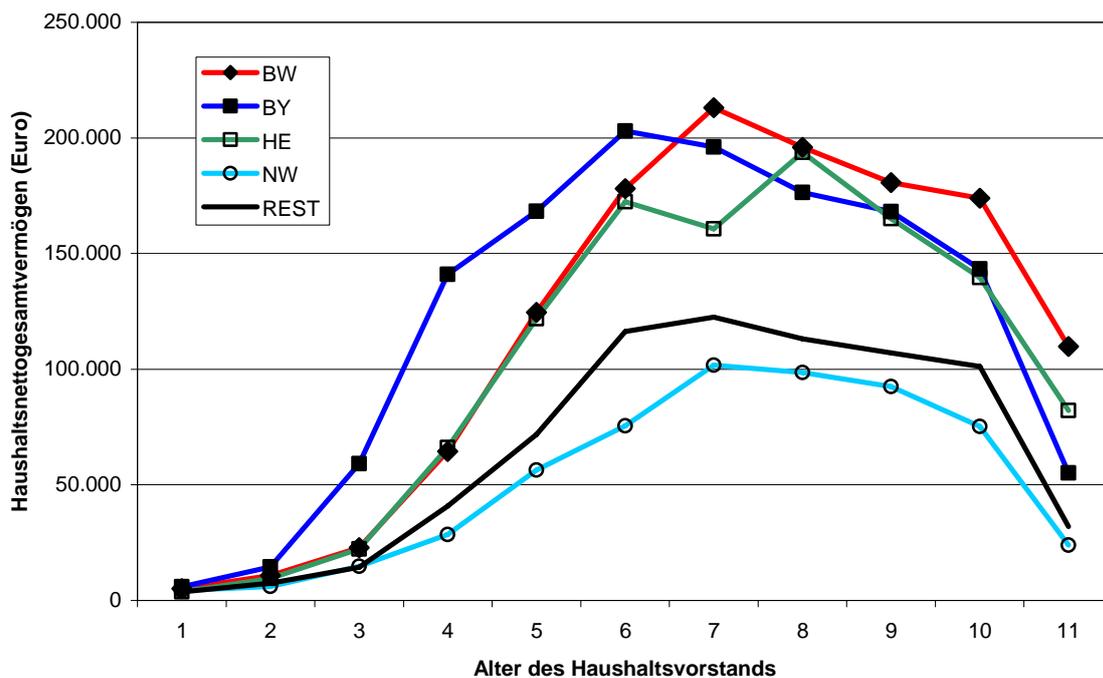
Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 10: Haushaltsnettogesamtvermögen 2003 in Abhängigkeit des Alters – nach ausgewählten Bundesländern –



Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 11: Haushaltsnettogesamtvermögen 1993 in Abhängigkeit des Alters – nach ausgewählten Bundesländern –



Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 40: Regressionsergebnisse EVS 2003
Abhängige Variable: logarithmiertes Nettogesamtvermögen

Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	0,95	0,02	61,02	0,00	0,92	0,98
ln(Anzahl)	-0,02	0,02	-1,22	0,22	-0,05	0,01
BW	0,33	0,02	14,76	0,00	0,28	0,37
BY	0,40	0,02	19,53	0,00	0,36	0,44
HE	0,28	0,03	10,96	0,00	0,23	0,33
NW	0,12	0,02	5,73	0,00	0,08	0,16
<i>Sozialstatus</i>						
Immobilienbesitzer	1,94	0,02	112,09	0,00	1,91	1,97
Selbstständiger	0,17	0,03	5,38	0,00	0,11	0,23
Arbeitsloser	-0,50	0,04	-11,88	0,00	-0,58	-0,42
<i>Alter</i>						
25-30	0,11	0,06	1,75	0,08	-0,01	0,23
30-35	0,35	0,06	6,20	0,00	0,24	0,47
35-40	0,42	0,06	7,60	0,00	0,31	0,53
40-45	0,56	0,06	10,14	0,00	0,45	0,67
45-50	0,68	0,06	12,14	0,00	0,57	0,79
50-55	0,81	0,06	14,38	0,00	0,70	0,92
55-60	1,03	0,06	18,01	0,00	0,92	1,14
60-65	1,18	0,06	21,01	0,00	1,07	1,29
65-70	1,21	0,06	21,41	0,00	1,10	1,32
70+	1,26	0,05	23,03	0,00	1,15	1,36
<i>Gemeindegrößenklasse</i>						
5K	0,13	0,03	4,98	0,00	0,08	0,17
5-20K	0,07	0,02	2,92	0,00	0,02	0,11
20-100K	0,03	0,02	1,33	0,18	-0,01	0,07
100-500K	-0,02	0,02	-0,66	0,51	-0,06	0,03
Konstante	0,17	0,14	1,23	0,22	-0,10	0,44
Beobachtungen	31.262	F(23, 31238)	1.898	0,00	R ²	0,58

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 41: Regressionsergebnisse EVS 1993
Abhängige Variable: logarithmiertes Nettogesamtvermögen

Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,10	0,01	85,00	0,00	1,07	1,12
ln(Anzahl)	-0,07	0,01	-5,43	0,00	-0,09	-0,04
BW	0,21	0,02	12,00	0,00	0,18	0,25
BY	0,27	0,02	15,85	0,00	0,23	0,30
HE	0,13	0,02	6,19	0,00	0,09	0,17
NW	0,06	0,02	3,97	0,00	0,03	0,09
<i>Sozialstatus</i>						
Immobilienbesitzer	2,33	0,01	177,45	0,00	2,30	2,35
Selbstständiger	0,13	0,02	5,46	0,00	0,08	0,17
Arbeitsloser	-0,17	0,04	-4,42	0,00	-0,24	-0,09
<i>Alter</i>						
25-30	0,15	0,04	3,36	0,00	0,06	0,24
30-35	0,33	0,04	7,41	0,00	0,24	0,41
35-40	0,38	0,04	8,59	0,00	0,29	0,47
40-45	0,41	0,04	9,15	0,00	0,32	0,50
45-50	0,45	0,05	9,90	0,00	0,36	0,54
50-55	0,53	0,05	11,71	0,00	0,44	0,62
55-60	0,65	0,05	14,30	0,00	0,56	0,73
60-65	0,74	0,05	16,21	0,00	0,65	0,83
65-70	0,76	0,05	16,85	0,00	0,67	0,85
70+	0,77	0,04	17,69	0,00	0,68	0,85
<i>Gemeindegrößenklasse</i>						
5K	0,08	0,02	4,06	0,00	0,04	0,12
5-20K	0,06	0,02	3,61	0,00	0,03	0,10
20-100K	0,03	0,02	1,94	0,05	0,00	0,06
100-500K	-0,03	0,02	-1,85	0,06	-0,07	0,00
Konstante	-2,24	0,13	-17,36	0,00	-2,49	-1,98
Beobachtungen	31.187	F(23, 31163)	4.091	0,00	R ²	0,75

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 42: Regressionsergebnisse EVS 2003 für Landwirte, Selbstständige, Beamte, Angestellte, Abhängige Variable: logarithmierte Ersparnis

Selbst. Landwirt(in)						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,84	0,15	12,04	0,00	1,54	2,14
ln(Anzahl)	-0,60	0,19	-3,11	0,00	-0,97	-0,22
BW	0,06	0,24	0,24	0,81	-0,42	0,54
BY	-0,14	0,16	-0,82	0,41	-0,46	0,19
HE	-0,23	0,27	-0,86	0,39	-0,75	0,30
NW	-0,24	0,37	-0,65	0,52	-0,97	0,49
Immobilienbesitzer	-0,27	0,29	-0,95	0,34	-0,84	0,29
Konstante	-8,66	1,46	-5,94	0,00	-11,54	-5,79
Beobachtungen	204	F(7, 196)	22	0,00	R ²	0,45
Gewerbetreibende(r) / freiberufliche Tätigkeit						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,69	0,05	36,06	0,00	1,60	1,78
ln(Anzahl)	-0,27	0,05	-5,68	0,00	-0,37	-0,18
BW	0,00	0,07	0,03	0,98	-0,14	0,15
BY	-0,10	0,07	-1,47	0,14	-0,24	0,03
HE	-0,18	0,09	-1,98	0,05	-0,35	0,00
NW	-0,07	0,08	-0,93	0,35	-0,22	0,08
Immobilienbesitzer	0,03	0,06	0,50	0,62	-0,09	0,15
Konstante	-7,95	0,43	-18,62	0,00	-8,79	-7,11
Beobachtungen	1.318	F(7, 1310)	221	0,00	R ²	0,54
Beamter / Beamtin						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,53	0,05	30,71	0,00	1,43	1,63
ln(Anzahl)	-0,28	0,04	-7,95	0,00	-0,35	-0,21
BW	-0,04	0,05	-0,77	0,44	-0,14	0,06
BY	0,11	0,05	2,27	0,02	0,01	0,20
HE	-0,07	0,06	-1,22	0,22	-0,19	0,04
NW	-0,16	0,04	-3,80	0,00	-0,24	-0,08
Immobilienbesitzer	0,16	0,04	3,77	0,00	0,08	0,25
Konstante	-6,77	0,45	-15,15	0,00	-7,65	-5,90
Beobachtungen	3.264	F(7, 3256)	209	0,00	R ²	0,31
Angestellter						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,57	0,02	70,81	0,00	1,52	1,61
ln(Anzahl)	-0,31	0,02	-15,48	0,00	-0,35	-0,27
BW	0,06	0,03	2,22	0,03	0,01	0,11
BY	0,11	0,03	4,19	0,00	0,06	0,16
HE	-0,06	0,03	-2,04	0,04	-0,12	0,00
NW	-0,02	0,02	-1,04	0,30	-0,07	0,02
Immobilienbesitzer	0,10	0,02	4,80	0,00	0,06	0,15
Konstante	-7,02	0,19	-36,43	0,00	-7,40	-6,64
Beobachtungen	10.754	F(7, 10746)	1.139	0,00	R ²	0,43

Quelle: EVS 2003; ZEW-Berechnungen.

Tabelle 43: Regressionsergebnisse EVS 2003 für Arbeiter, Arbeitslose, Studenten, sonst. Nichterwerbstätige, Abhängige Variable: logarithmierte Ersparnis

Arbeiter							
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall		
ln(HENK)	1,61	0,05	31,36	0,00	1,51	1,71	
ln(Anzahl)	-0,33	0,04	-8,40	0,00	-0,40	-0,25	
BW	0,01	0,05	0,30	0,76	-0,08	0,11	
BY	0,04	0,04	0,93	0,35	-0,04	0,12	
HE	-0,13	0,06	-2,01	0,05	-0,25	0,00	
NW	-0,10	0,04	-2,24	0,03	-0,18	-0,01	
Immobilienbesitzer	0,06	0,04	1,70	0,09	-0,01	0,14	
Konstante	-7,18	0,44	-16,35	0,00	-8,04	-6,32	
Beobachtungen	3.237	F(7, 3229)	220	0,00	R ²	0,32	
Arbeitsloser							
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall		
ln(HENK)	1,69	0,10	17,54	0,00	1,50	1,88	
ln(Anzahl)	-0,46	0,09	-5,11	0,00	-0,64	-0,28	
BW	-0,13	0,14	-0,94	0,35	-0,40	0,14	
BY	0,18	0,12	1,57	0,12	-0,05	0,41	
HE	0,03	0,16	0,17	0,87	-0,29	0,34	
NW	0,02	0,11	0,17	0,87	-0,19	0,23	
Immobilienbesitzer	0,23	0,10	2,30	0,02	0,03	0,42	
Konstante	-8,12	0,77	-10,52	0,00	-9,64	-6,61	
Beobachtungen	722	F(7, 714)	82	0,00	R ²	0,45	
Student							
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall		
ln(HENK)	1,51	0,21	7,35	0,00	1,10	1,91	
ln(Anzahl)	-0,63	0,24	-2,65	0,01	-1,10	-0,16	
BW	0,12	0,31	0,39	0,70	-0,50	0,74	
BY	0,43	0,23	1,85	0,07	-0,03	0,89	
HE	0,24	0,26	0,91	0,36	-0,28	0,76	
NW	0,20	0,22	0,91	0,37	-0,23	0,63	
Immobilienbesitzer	-0,23	0,30	-0,75	0,45	-0,83	0,37	
Konstante	-6,54	1,64	-3,98	0,00	-9,77	-3,30	
Beobachtungen	237	F(7, 229)	10	0,00	R ²	0,23	
Sonstige Nichterwerbstätige							
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall		
ln(HENK)	1,56	0,14	11,41	0,00	1,29	1,83	
ln(Anzahl)	-0,34	0,12	-2,85	0,01	-0,57	-0,10	
BW	0,20	0,21	0,99	0,32	-0,20	0,61	
BY	0,04	0,19	0,22	0,83	-0,33	0,41	
HE	0,02	0,25	0,08	0,93	-0,47	0,51	
NW	-0,19	0,15	-1,24	0,22	-0,49	0,11	
Immobilienbesitzer	-0,11	0,16	-0,72	0,48	-0,43	0,20	
Konstante	-6,98	1,11	-6,31	0,00	-9,16	-4,80	
Beobachtungen	293	F(7, 285)	29	0,00	R ²	0,42	

Quelle: EVS 2003, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 44: Regressionsergebnisse EVS 1993 für Pensionäre und Rentner
Abhängige Variable: logarithmierte Ersparnis

Pensionär						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,33	0,08	16,25	0,00	1,17	1,49
ln(Anzahl)	-0,27	0,09	-3,04	0,00	-0,45	-0,10
BW	0,15	0,10	1,58	0,11	-0,04	0,35
BY	0,03	0,08	0,44	0,66	-0,12	0,19
HE	0,14	0,11	1,36	0,17	-0,06	0,35
NW	0,06	0,07	0,88	0,38	-0,07	0,20
Immobilienbesitzer	0,21	0,07	3,14	0,00	0,08	0,33
Konstante	-5,43	0,83	-6,52	0,00	-7,06	-3,79
Beobachtungen	1.335	F(7, 1327)	55	0,00	R ²	0,23
Rentner						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,54	0,04	41,44	0,00	1,47	1,61
ln(Anzahl)	-0,21	0,04	-4,87	0,00	-0,29	-0,12
BW	0,12	0,05	2,51	0,01	0,03	0,22
BY	0,11	0,05	2,35	0,02	0,02	0,20
HE	0,01	0,06	0,25	0,80	-0,10	0,13
NW	0,00	0,04	-0,08	0,94	-0,08	0,08
Immobilienbesitzer	0,07	0,04	1,87	0,06	0,00	0,14
Konstante	-7,29	0,36	-20,44	0,00	-7,99	-6,59
Beobachtungen	4.043	F(7, 4035)	384	0,00	R ²	0,40

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 45: Regressionsergebnisse EVS 1993 für Landwirte, Selbstständige, Beamte, Angestellte, Abhängige Variable: logarithmierte Ersparnis

Selbst. Landwirt(in)						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,72	0,12	14,26	0,00	1,48	1,96
ln(Anzahl)	-0,01	0,12	-0,10	0,92	-0,24	0,22
BW	0,34	0,15	2,30	0,02	0,05	0,63
BY	0,36	0,11	3,43	0,00	0,15	0,57
HE	-0,02	0,15	-0,12	0,90	-0,32	0,28
NW	-0,03	0,17	-0,19	0,85	-0,37	0,30
Immobilienbesitzer	0,02	0,20	0,10	0,92	-0,37	0,41
Konstante	-9,56	1,17	-8,14	0,00	-11,86	-7,25
Beobachtungen	377	F(7, 369)	40	0,00	R ²	0,43
Gewerbetreibende(r) / freiberufliche Tätigkeit						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,70	0,05	35,04	0,00	1,61	1,80
ln(Anzahl)	-0,12	0,05	-2,42	0,02	-0,22	-0,02
BW	-0,06	0,08	-0,75	0,46	-0,22	0,10
BY	-0,08	0,07	-1,15	0,25	-0,21	0,05
HE	0,00	0,08	0,05	0,96	-0,15	0,16
NW	-0,06	0,07	-0,89	0,37	-0,19	0,07
Immobilienbesitzer	0,20	0,06	3,15	0,00	0,07	0,32
Konstante	-9,28	0,50	-18,58	0,00	-10,26	-8,30
Beobachtungen	1.420	F(7, 1412)	250	0,00	R ²	0,55
Beamter / Beamtin						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,50	0,05	30,25	0,00	1,40	1,59
ln(Anzahl)	-0,25	0,03	-7,67	0,00	-0,32	-0,19
BW	0,10	0,05	2,07	0,04	0,01	0,20
BY	0,10	0,05	2,18	0,03	0,01	0,20
HE	0,04	0,06	0,70	0,48	-0,08	0,16
NW	-0,03	0,04	-0,74	0,46	-0,10	0,04
Immobilienbesitzer	0,08	0,04	1,93	0,05	0,00	0,15
Konstante	-6,96	0,50	-13,80	0,00	-7,95	-5,98
Beobachtungen	3.878	F(7, 3870)	195	0,00	R ²	0,26
Angestellter						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,51	0,03	51,55	0,00	1,45	1,57
ln(Anzahl)	-0,23	0,02	-9,60	0,00	-0,27	-0,18
BW	0,06	0,03	1,72	0,09	-0,01	0,13
BY	0,08	0,04	2,17	0,03	0,01	0,15
HE	-0,03	0,04	-0,75	0,45	-0,12	0,05
NW	-0,04	0,03	-1,30	0,19	-0,09	0,02
Immobilienbesitzer	0,03	0,03	1,15	0,25	-0,02	0,09
Konstante	-7,04	0,29	-23,94	0,00	-7,62	-6,46
Beobachtungen	7.003	F(7, 6995)	575	0,00	R ²	0,37

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 46: Regressionsergebnisse EVS 1993 für Vermögensbildung Arbeiter, Arbeitslose, Studenten, sonst. Nichterwerbstätige, Abhängige Variable: logarithmierte Ersparnis

Arbeiter						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,73	0,06	29,32	0,00	1,62	1,85
ln(Anzahl)	-0,31	0,04	-7,61	0,00	-0,39	-0,23
BW	-0,02	0,05	-0,33	0,74	-0,12	0,08
BY	-0,07	0,05	-1,54	0,12	-0,17	0,02
HE	0,06	0,07	0,85	0,40	-0,07	0,19
NW	-0,05	0,05	-1,20	0,23	-0,14	0,03
Immobilienbesitzer	0,00	0,04	0,07	0,95	-0,07	0,08
Konstante	-9,07	0,59	-15,48	0,00	-10,22	-7,92
Beobachtungen	3.169	F(7, 3161)	163	0,00	R ²	0,26
Arbeitsloser						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,47	0,18	8,35	0,00	1,12	1,82
ln(Anzahl)	-0,16	0,16	-0,99	0,32	-0,46	0,15
BW	0,07	0,20	0,33	0,74	-0,33	0,46
BY	0,14	0,20	0,71	0,48	-0,25	0,53
HE	0,03	0,27	0,11	0,92	-0,50	0,56
NW	-0,21	0,16	-1,32	0,19	-0,53	0,10
Immobilienbesitzer	0,00	0,16	-0,03	0,98	-0,33	0,32
Konstante	-6,79	1,64	-4,15	0,00	-10,01	-3,57
Beobachtungen	328	F(7, 320)	21	0,00	R ²	0,32
Student						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,54	0,21	7,32	0,00	1,13	1,95
ln(Anzahl)	-0,30	0,23	-1,31	0,19	-0,76	0,15
BW	0,20	0,22	0,92	0,36	-0,23	0,63
BY	0,20	0,27	0,75	0,46	-0,33	0,73
HE	-0,51	0,33	-1,57	0,12	-1,15	0,13
NW	0,15	0,18	0,87	0,38	-0,19	0,50
Immobilienbesitzer	0,31	0,25	1,24	0,22	-0,19	0,81
Konstante	-7,54	1,95	-3,88	0,00	-11,38	-3,71
Beobachtungen	274	F(7, 266)	15	0,00	R ²	0,28
Sonstige Nichterwerbstätige						
Variable	Koeffizient	Standardfehler	t-Wert	Irrtumswahr.	95%-Konfidenzintervall	
ln(HENK)	1,32	0,13	10,19	0,00	1,07	1,58
ln(Anzahl)	-0,31	0,13	-2,34	0,02	-0,56	-0,05
BW	0,10	0,17	0,61	0,54	-0,23	0,44
BY	-0,02	0,19	-0,12	0,90	-0,41	0,36
HE	-0,34	0,31	-1,09	0,28	-0,95	0,27
NW	-0,18	0,13	-1,34	0,18	-0,44	0,08
Immobilienbesitzer	0,12	0,14	0,89	0,38	-0,15	0,40
Konstante	-5,19	1,20	-4,31	0,00	-7,55	-2,82
Beobachtungen	342	F(7, 334)	30	0,00	R ²	0,38

Quelle: EVS 1993, ZEW-Berechnungen.

9 Literatur

- Deutsches Aktieninstitut e.V. (2006), DAI-Factbook, Tabelle: Zahl der Aktionäre, Stand: Januar 2006. http://www.dai.de/internet/dai/dai-2-0.nsf/dai_statistiken.htm (28.02.2006).
- Hertel, J. (1997), Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte, Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Heft 4, Statistisches Bundesamt.
- Kott, K. (2005), Jahresergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte, Wirtschaftsrechnungen, Wirtschaft und Statistik 2005, Statistisches Bundesamt.
- Lang, O. (1998), Steueranreize und Geldanlage im Lebenszyklus, ZEW Wirtschaftsanalyse, Schriftenreihe des ZEW, Band 32, Mannheim.
- Statistisches Bundesamt, (2006), Die Bundesländer, Strukturen und Entwicklungen 2005, Wiesbaden 2006.
- Westerheide, P./Ammermüller, A./Weber, A. (2005), Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens, Herausgeber: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn.
- Westerheide, Peter (2005), Auswirkungen von Erbschaften und Schenkungen auf die Vermögensbildung privater Personen und Haushalte, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Band 225 Heft 4 Juli 2005, 459-481.